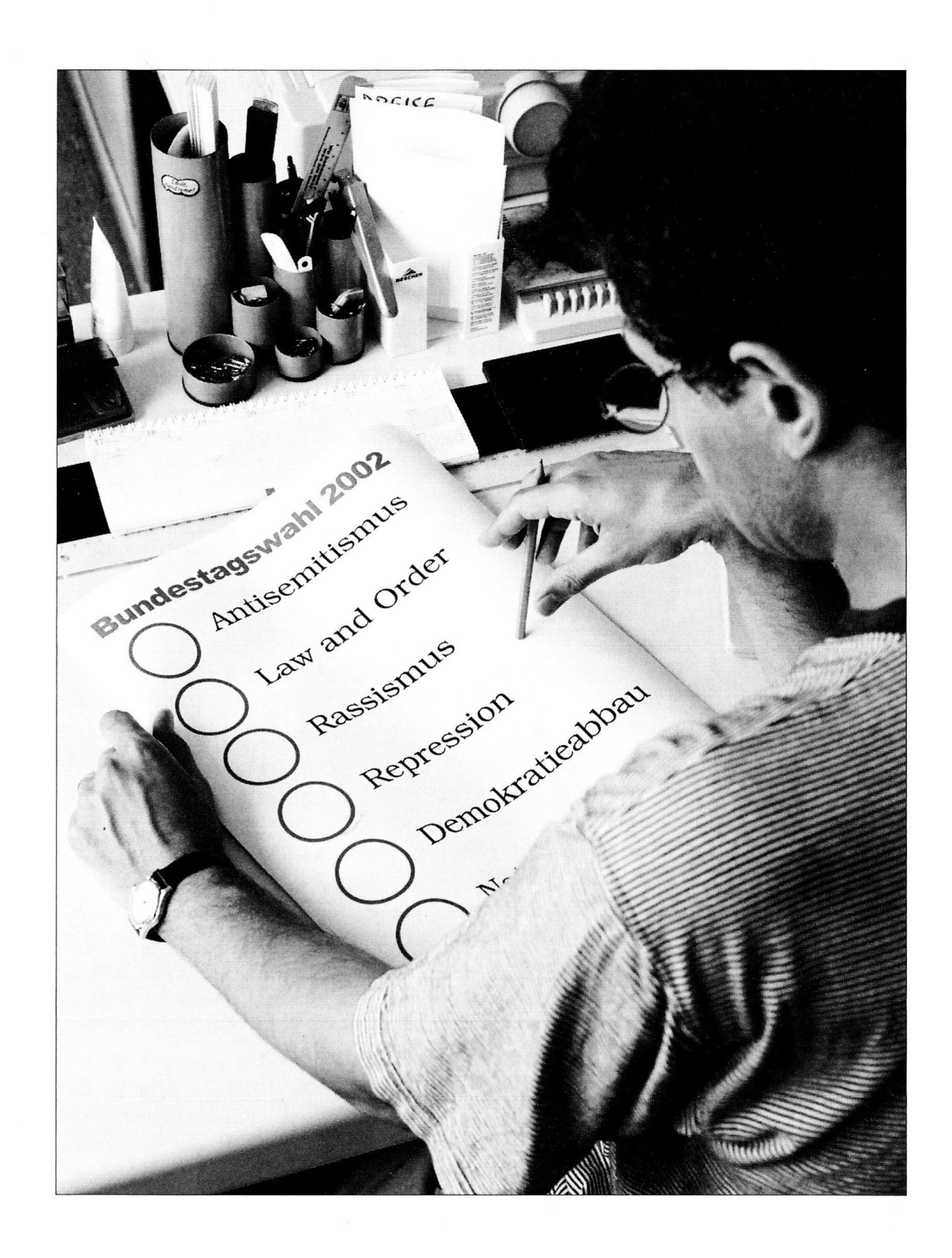
# Neue populistische Mitte

H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 77
Juli/Aug. 02
2,00 Euro




# Schwerpunkt: Vorwahlkampf

## Informationen von und für AntifaschistInnen

Engel-Prozess – Schill-Parteitag – Immobilienkauf von Neonazis – NPD-Verbotsverfahren – Wahlen in Ungarn, Frankreich und den Niederlanden – Rechte Allianzen in Österreich – Antisemitismus in Syrien und Libanon – Martin Walser – Akademischer Nationalismus – Antifeminismus neu – Riefenstahl-Portrait – WGT Leipzig – Magazin „Black" – Rezensionen – Meldungen

DER RECHTE RAND

## In diesem Heft



# Editorial

*Der Bundestagswahlkampf wirft seine Schatten voraus. Die FDP lässt ihren „Tabubrecher" Möllemann von der Leine und mit antisemitischen Ressentiments auf Stimmenfang gehen. Für das Ziel, bei den nächsten Wahlen 18 Prozent der Wählenden einzufahren, wird auf den in den vergangenen Jahren wieder angewachsenen Antisemitismus spekuliert. Immerhin haben rund 36 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung Verständnis dafür , „dass manchen Leuten Juden unangenehm sind". Der Beifall der extremen Rechten wie Republikaner, DVU und NPD ließ nicht lange auf sich warten. Haider, der mit nationalliberal-neofaschistischer Propaganda die FPÖ zur Regierungspartei gemacht hatte, attestierte der FDP, auf dem rechten Weg zu sein.*

*Mit Blick auf die Wahlerfolge rechtspopulistischer und teilweise neofaschistischer Parteien in den europäischen Nachbarländern wollen natürlich auch die großen „Volksparteien" nicht abseits stehen. Getreu dem Konzept, den Rechtsradikalen das Wasser abzugraben, indem man deren Parolen vom Inhalt her übernimmt, wird das Thema Zuwanderung wieder einmal zum Wahlkampfthema erhoben. Nicht das Debakel um das NPD-Verbotsverfahren oder das Erstarken des Rassismus und Antisemitismus in der Bundesrepublik stehen zur Debatte, sondern die Abschottung Deutschlands vor Zuwanderern. Die Schuld für grundlegende soziale Probleme wie die Massenarbeitslosigkeit wird von den etablierten Parteien bei den MigrantInnen gesucht. „Der Spiegel" assistiert und beweist einmal mehr, dass er zu Unrecht als „Flagschiff der Demokratie" bezeichnet wird. „Der Ansturm der Migranten" titelt das Blatt und zeichnet an militärische Schlachtenskizzen erinnernde Angriffsszenarien.*

*Und nach der von der CDU/CSU losgetretenen Debatte um die „Deutsche Identität", diskutiert nun der SPD-Bundeskanzler mit dem durch seine antisemitischen Attitüden bekannt gewordenen Schriftsteller Martin Walser über dessen „Geschichtsgefühl" und den Vertrag von Versailles als Anfang allen Unglücks. Und das am 8. Mai 2002 – symbolträchtiger hätte die Politik der „Neuen Mitte" wohl nicht beschrieben werden können.*

*Mit dem Buhlen um Wählerstimmen fällt auch das Interesse an antifaschistischen und antirassistischen Projekten, die im Gefolge des vom Bundeskanzler proklamierten „Aufstands der Anständigen" eine ungewohnte Aufmerksamkeit erhalten hatten. In Sachsen-Anhalt sollen die Mittel für den Verein „Miteinander e.V." vollständig zugunsten der traditionellen Jugendarbeit (darunter wohl Schützenvereine) gestrichen werden. In Mecklenburg-Vorpommern sind die Mittel für den Verein „Demokratie und Toleranz" so knapp bemessen, dass sie gerade bis August diesen Jahres reichen. Selbst die so genannte „rot-rote" Berliner Landesregierung (SPD/PDS) hat das als „Sonderprogramm gegen Rechtsextremismus" ausgewiesene Projekt „Respect" vollständig gestrichen. Offensichtlich ist die antifaschistische Konjunkturperiode schon nach kurzer Zeit wieder am Ende – schließlich lassen sich damit keine kurzfristigen Wahlerfolge erringen. Und das – nicht der Zustand der Demokratie - ist fatalerweise das vorrangige Interesse der Politiker dieses Landes. Auch für AntifaschistInnen normalisiert sich insofern die politische Situation in Deutschland.*

**Der nächste Der Rechte Rand erscheint Anfang September. Redaktionsschluss ist am 13. August 2002.**


**Fotos in dieser Ausgabe:** Gorowenko (S. 6 und 20), P. Jülich (S. 5 und 18), Bildarchiv Der Rechte Rand.


**Korrektur**

Aufgrund eines Konvertierungsfehlers ist es in dem Artikel „Land unter. Zur aktuellen Diskussion über die Beneš-Dekrete" in Der Rechte Rand Nr. 76 zur falschen Wiedergabe einiger Eigennamen gekommen. Die Partei des tschechischen Ministerpräsidenten Miloš Zeman heißt richtig ČSSD und der Name des Angehörigen des tschechischen Verfassungsgerichtshofs lautet korrekt Vladimír Čermák. Selbstredend muss es natürlich auch ČSR heißen. Wir bedauern das Versehen.

# Befehlshaber ohne Befehlsgewalt



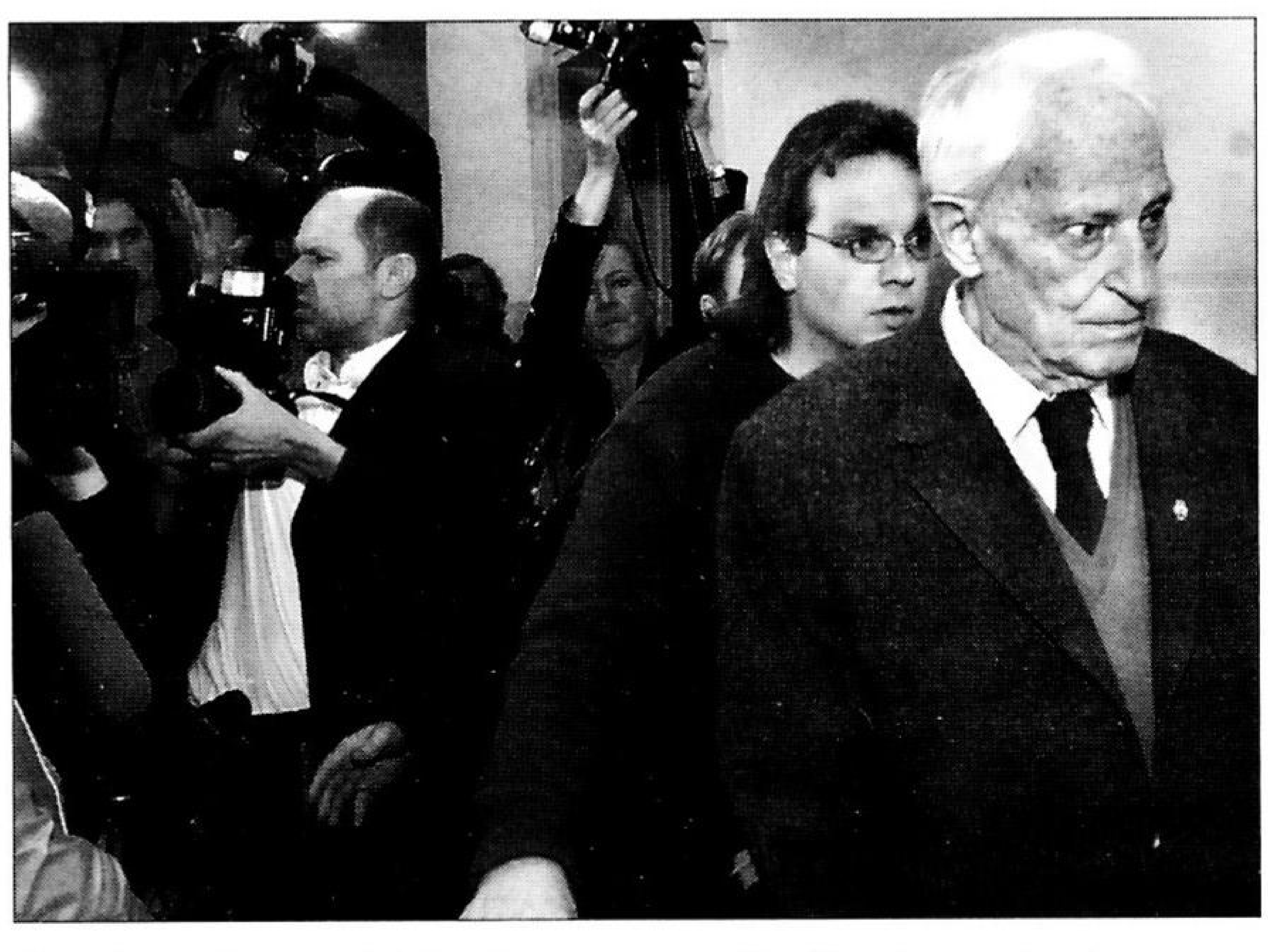
## SS-Chef von Genua vor Gericht

**Nicht der „Transportmeister der Endlösung", sondern der „Henker von Genua" steht vor der Großen Strafkammer 21 des Hamburger Landgerichts. Und doch weckt Friedrich Engel Assoziationen zu Adolf Eichmann, wenn der frühere SS-Obersturmbannführer dem Gericht beflissen seine Tätigkeit als Leiter des Sicherheitsdienst der SS von Genua beschreibt und seine Befehlsabhängigkeit darlegt.**

von Andreas Speit

Seit dem 7. Mai diesen Jahres muss sich der 93-jährige Rentner erstmals vor einem deutschen Gericht wegen der Erschießung von 59 Häftlingen aus dem Genueser Marassi-Gefängnis am Turchino-Pass 1944 verantworten. Nachdem Ende 2001 das ARD-Magazin „Kontraste" über den seit den 50er Jahren in Hamburg-Lokstedt lebenden Engel berichtet hatte, merkte die Staatsanwaltschaft, dass der „öffentlichen Druck" wuchs und die „Ermittlungen schnell abgeschlossen" werden müssten. Diese hatte nach Bitte der italienischen Justiz um Amtshilfe 1998 die Ermittlungen aufgenommen. Obwohl bei der „gewünschten Amtshilfe nicht alles getan" wurde, wie der Sprecher der Hamburger Staatsanwaltschaft Rüdiger Bagger einräumt, klagte die Turiner Militärstaatsanwaltschaft Engel an. Mit Erfolg: Am 15. November 1999 verurteilte das Turiner Militärgericht Engel in Abwesenheit wegen Mordes an 246 Partisanen und Zivilisten zu lebenslanger Haft. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass der SS-Obersturmbannführer zwischen 1944 und 1945 drei „Sühneaktionen" befohlen hatte.

In Hamburg ist der „Henker von Genua", wie ihn die Bevölkerung der Hafenstadt nennt, allein wegen der „Turchino-Aktion" angeklagt. „Das Turiner Gericht hielt Engel militärisch für verantwortlich. Aber wir haben eine Tat nachzuweisen", versucht der Vorsitzende Richter Rolf Seedorf die Begrenzung zu erklären. Der Nachweis ist bisher jedoch weder der Staatsanwaltschaft, noch dem Gericht gelungen. Kein Verhandlungstag, an dem Engel nicht die Möglichkeit erhält zu beteuern, für die „Aktion" am 19. Mai 1944 als „Sühnemaßnahme"



*Friedrich Engel (r.) im Hamburger Strafjustizgebäude am 7.5.2002*

für einen Anschlag auf ein Wehrmachtskino, bei dem fünf Marinesoldaten starben, keine „Befehlsgewalt" gehabt zu haben. Zwar habe er aufgrund des „Führerbefehls Vergeltungsmaßnahmen im Verhältnis 1:10" die Häftlinge für die Erschießung ausgesucht, aber dann habe die „Marine die Durchführung an sich gerissen".

Engel behauptet, er habe sich bemüht, weitere Aktionen abzuwenden, und überhaupt wäre er mehr „zufällig als Promovierter zum Sicherheitsdienst" gekommen. Dies wollte Seedorf dann doch nicht so ganz unwidersprochen in der Großen Strafkammer stehen lassen und wies auf Engels SS-Akte hin, in der seine Auszeichnung wegen „illegaler Tätigkeit" in Österreich vor dem Anschluss und seine Beförderung zum „SS-Obersturmbannführer" anlässlich seiner „guten Leistung" in Genua angeführt werden. An die Geheimdienstwürdigung wollte sich Engel nicht erinnern.

Ähnliche Erinnerungsschwächen zeigten auch etliche Zeugen. „Dass das noch alles raus kommt" klagte der ehemalige Marinesoldat Karl-Heinz Günther, der zum Erschießungskommando gehörte, und wiederholte, „nichts über die Befehlslage" zu wissen. Auch Erhard Funder, ehemals stellvertretender Flottillenkommandant und Marinebefehlshaber in Genua, beteuerte: „Ich weiß nichts, weder vom Attentat, noch von Erschießungen". „Können oder wollen sie nicht", hakte Kneip nach. Denn auch das „Nicht-Erinnern" und „Nicht-mehr-Wissen" widerspricht seiner Verteidigung, dass Engel nicht die Befehlsgewalt hatte, die Erschießungen nicht grausam waren und damit nicht „völkerrechtswidrig" wären.

Erst ein neu aufgetauchter Zeuge, Walter Emig, scheint den SS-Offizier überführen zu können. Der frühere Oberbootsmaat der 23. U-Boot-Jagdflottille in Genua, der an der Erschießung beteiligt war, erklärte gegenüber der Presse, dass Engel ein „eiskalter Hund" gewesen sei. Mit der „Pistole in der Hand" habe dieser sich das „Gemetzel" angeschaut und einem Untersturmbannführer befohlen, bei den noch Lebenden den „Fangschuss zu geben". Als dieser nicht in die Grube zu den Opfern steigen wollte, habe Engel gespottet: „So ein Schlappschwanz". Nun lädt das Gericht ihn als Zeugen vor.

„Hätten die italienischen Behörden früher gehandelt, wäre das Verfahren leichter", verkündete der Vorsitzende Richter. In Italien war Engels Akte erst 1997 im „Schrank der Schande" der Militärstaatsanwaltschaft Rom wieder gefunden worden. Man wollte die eigenen NS-Verbrechen auf dem Balkan nicht verhandeln, zitierte Seedorf einen „Spiegel"-Artikel. Zur deutschen Justiz, die 1969 ein Verfahren gegen Engel eröffnete und sogleich einstellte, verliert er kein Wort. Damals war Engel auch mehrmals bei diversen NS-Verfahren vernommen worden.Warum das Verfahren eingestellt wurde, kann Rüdiger Bagger, Pressesprecher der Staatsanwaltschaft, nicht erklären. Die Akten sind nicht auffindbar und der Sachbearbeiter kann sich nicht erinnern.

# Zwiespältiges Ergebnis

**„Wehrmachtsdeserteure endlich rehabilitiert" titeln in diesen Wochen die Zeitungen. Sie suggerieren damit das positive Ende einer Auseinandersetzung, die die gesamte Geschichte der Bundesrepublik durchzieht. Zwar steht in ihrem Mittelpunkt der Kampf um die Aufhebung der Urteile gegen die Deserteure, aber im Prinzip geht es um die Haltung gegenüber der NS-Militärjustiz, die 20.000 Todesurteile vollstreckte.**

von Rolf Surmann

Mindestens drei Jahrzehnte schien die Auseinandersetzung nicht wirklich relevant zu sein. Denn die Herren Militärrichter machten – scheinbar selbstverständlich - wie die übrigen Richterkollegen Karriere in der Nachkriegsgesellschaft. Einen ersten Wendepunkt markierte die Filbinger-Affäre. Der damalige baden-württembergische Ministerpräsident - ein ehemaliger Militärrichter - verstrickte sich in einer Auseinandersetzung mit dem Dramatiker Hochhuth in Falschaussagen über von ihm gefällte Todesurteile, die ihn das Amt kosteten. Neue Forschungsergebnisse, ein gesellschaftlicher Wertewandel im Kontext der Friedensbewegung, die öffentliche Debatte über die Wehrmachtsverbrechen und die Kraft der letzten Überlebenden, sich zu organisieren und durch Persönlichkeiten wie Ludwig Baumann ihre Forderungen unermüdlich vorzutragen, hielten die NS-Militärjustiz in der gesellschaftlichen Diskussion. Als der Bundestag zudem Anfang der 1990er Jahre daran ging, in Auseinandersetzung mit der DDR-Justiz zum Beispiel die Urteile der Waldheim-Prozesse aus den 1950er Jahren und damit auch die Verurteilungen vieler schwerer NS-Täter aus formalen Gründen aufzuheben, wurde die andauernde Gültigkeit von Urteilen gegen die Opfer der NS-Militärjustiz skandalös.

Dieser Problemdruck führte 1997 zum Entschluss des Bundestags, einen Teil der Urteile gegen die Opfer der NS-Militärjustiz aufzuheben. Insbesondere CDU und CSU bremsten dabei. Die Konsequenz war, dass die Urteile nicht insgesamt aufgehoben und die prinzipiell aufgehobenen mit dem Vorbehalt belastet wurden, dass sie weiterhin gültig seien, wenn die Tat auch heute unter Strafe stünde. Für Deserteure, aber auch für Homosexuelle, wurde deshalb die „Einzelfallprüfung" beschlossen

SPD und Grüne versprachen mit ihrem Regierungsantritt Nachbesserung. Doch die politische Lage hatte sich nicht zuletzt durch die erneute deutsche Kriegsbeteiligung gewandelt. Erst als die PDS zu dem Trick griff, einen SPD-Gesetzentwurf aus Oppositionszeiten als eigenen in den Bundestag einzubringen, legten sie aus Angst vor Blamage das jetzt zu verabschiedende Gesetz vor. Die Urteile der NS-Militärjustiz werden damit immer noch nicht insgesamt aufgehoben, wohl aber die gegen Deserteure und Homosexuelle. Ausdrücklich hiervon ausgenommen sind die Urteile gegen „Kriegsverräter". Das ist die Bezeichnung vor allem für diejenigen, die auf die Seite des Gegners zu wechseln versuchten und abgefangen wurden. So steht „Vaterlandsverrat" im NS-Vernichtungskrieg weiter unter Strafe. Das ist nach nahezu 60 Jahren ein zwiespältiges Ergebnis des Versuchs, sich von den NS-Verbrechen zu distanzieren.

# Edelweiß-Traditionen

**Die Gebirgsjäger von SS und Wehrmachtsdivision Nr. 1, von ehemaligen Bundeswehreinheiten und aus den aktiven Truppen von heute pflegen eine gemeinsame Tradition. Diese leben sie alljährlich zu Pfingsten bei Mittenwald bei einem Treffen auf Bundeswehrgelände aus.**

von Ulrich Sander

Über 50 Jugendliche aus NRW fuhren diesmal ebenfalls dorthin, beteiligten sich am Kameradschaftsabend - und dann nahm alles einen ganz anderen Verlauf als sonst: Sie stiegen zu einem bestimmten Zeitpunkt auf die Stühle, um zu rufen: „Und nun wollen wir mal eine Gedenkminute für Eure Opfer einlegen." Was folgte, war eine mittlere Wirtshausschlägerei. Die Polizei setzte die Jugendlichen bis Pfingstsonntagnachmittag in einer Jugendherberge fest, damit sie nicht auch noch auf dem Hohen Brendten bei der Gedenkfeier von 2000 Militaristen störten. Aber die Jugendlichen hatten Dokumente vorbereitet, und die wurden per E-Mail aus der umstellten Jugendherberge heraus verbreitet: Darin heißt es:

„Das Gerede von der stolzen edlen Truppe, die tapfer unterm Edelweiß gekämpft hat, ist ein Hohn für die Tausenden Opfer der Gebirgstruppe. In Kommeno in Nordgriechenland fuhren sie am 16.8.1943 zum Morden 'feldmarschmäßig' mit Maultieren und dem Küchenwagen vor und erschossen 317 Frauen, Männer und Kinder. Die stolzen Soldaten der 12. Kompanie des Gebirgsjäger-Regiments 98 unter dem späteren Bundeswehr-Stabsoffizier Reinhold Klebe, die sich auch nach dem Krieg weiter ungestört im Kameradschaftskreis der Gebirgstruppe treffen, ermordeten nicht nur die unschuldigen Zivilisten, einzelne Soldaten machten sich noch über die Frauenleichen her und schändeten sie, wie einer der Täter später berichtete. Nach 'getaner Arbeit' wurde dann das Dorf zum privaten Raubzug freigegeben: 'Die Soldaten waren aber so erschöpft, dass sie von den herumliegenden Sachen kaum etwas mitgenommen haben. Lediglich die Offiziere haben erbeutete Teppiche und andere Wert–gegenstände auf LKWs verladen und weggebracht,' berichtete Franz T. bei seiner polizeilichen Vernehmung 1970. Dieses bestialische Massaker blieb kein Einzelfall. Als Teil der 1. Gebirgsdivision beteiligten sie sich an der Entwaffnung der italienischen Soldaten und erschossen 4000 italienische Gefangene allein in Kephalonia. Die Mörder zogen weiter. Im Epirusgebiet unterstützten sie die Geheime Feldpolizei bei der Deportation der griechischen Juden in Joannina. Und unter dem Deckmäntelchen der 'Banden–bekämpfung' ermordeten sie über 1000 Griechen und zerstörten im Epirusgebiet mehr als 100 Dörfer allein im Oktober 1943, wie der nazifreundliche griechische Ministerpräsident Rhallys in einem Protestschreiben an die Wehrmachtsführung vortrug."

# Vorarbeit für Edmund Stoiber

**Aus antifaschistischer Sicht kann die Bilanz von Rot-Grün nicht überzeugen – meint Eckart Spoo, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur der Berliner Zweiwochenschrift „Ossietzky“**

1998 hätte man annehmen können, daß für AntifaschistInnen bessere Zeiten begännen. Die Partei der Kiesingers, Filbingers und Dreggers war abgewählt, Soziademokraten und Grüne zogen in die Regierung ein. Politikerinnen und Politiker aus beiden Parteien hatten den Überlebenden des Widerstands und der Verfolgung bei manchen Gelegenheiten Respekt erwiesen, im Kampf gegen den Neonazismus hatte man dann und wann gemeinsame Erfahrungen gemacht, Jürgen Trittin hatte sogar an der Gründung der Zeitschrift „Der Rechte Rand“ mitgewirkt. Nach einem Kanzler Kohl, der dem Kniefall Willy Brandts in Warschau die widerwärtige Zeremonie der Selbstgefälligkeit in Bitburg hatte folgen lassen und sich mit dem scheinheiligen Hinweis auf die „Gnade der späten Geburt“ konsequent der historischen Verantwortung entzogen hatte, erschien eine neue, eine andere Politik überfällig, nämlich der Bruch mit revanchistischen, nationalistischen, rassistischen und kriegerischen Traditionen, d.h. die Neuorientierung der Politik auf Frieden, Demokratie und Menschenrechte




Leider kam es ganz anders. Die Regierung war noch nicht offiziell im Amt, da traf sie schon eine unentschuldbare Entscheidung, die ihr ganzes weiteres Handeln prägte: Sie verabredete mit der US-Regierung den Krieg gegen Jugoslawien – und sie bereitete diesen ersten deutschen Angriffskrieg seit dem Zweiten Weltkrieg unter schäbigem Mißbrauch antifaschistischer Argumente und Emotionen vor. Joseph Fischer, der einst in einer glänzenden Bundestagsrede dem damaligen CDU/CSU-Scharfmacher Heiner Geißler nach dessen unsäglicher Äußerung über den Pazifismus, der „Auschwitz erst möglich gemacht“ habe, scharf widersprochen hatte, machte sich nun genau diese Position zu eigen. Der demokratisch gewählte jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic wurde – entgegen den dringenden Warnungen der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ und einer Gruppe von Überlebenden des KZ Auschwitz, die sich mit einer ganzseitigen Anzeige in der „Frankfurter Rundschau“ zu Wort gemeldet hatte – zum „neuen Hitler“ erklärt, und Verteidigungs-, nein Angriffsminister Scharping schändete Auschwitz, indem er dort mit 120 Bundeswehrsoldaten aufmarschierte und die Opfer des Holocaust, darunter viele Jugoslawen, zur Rechtfertigung des dritten deutschen Angriffskriegs gegen dieses Land innerhalb eines Jahrhunderts in Anspruch nahm.

Das 1941 von deutschen Bomben großenteils zerstörte Belgrad und viele andere jugoslawische Städte wurden Ziele von NATO-Bomben und -Raketen. Schwer beschädigt wurde u.a. auch die Gedenkstätte in Kragujevac für die Opfer des größten Massakers der Nazis auf dem Balkan. Mit Lügenpropaganda über serbische Massaker und Massenvertreibung des albanischen Bevölkerungsteils in Kosovo wurde die blutige Massenvertreibung von Serben, Roma und Juden aus dem Kosovo verschleiert; über die wahren Kriegsgründe, Kriegshandlungen, Kriegsergebnisse und Kriegsfolgen wird die deutsche Öffentlichkeit bis heute schamlos irregeführt. Kaum jemand weiß hier von den vielen Tausenden Toten oder von dem Massenelend, das jetzt in Jugoslawien als Folge jahrelangen Embargos und der Zerstörung fast der gesamten Industrie durch die NATO herrscht. Dem hauptverantwortlichen Minister Scharping wurden zwar auch im Fernsehen etliche Lügen präzise nachgewiesen, aber er stellte sich taub und blieb im Amt – richtiger gesagt: Rot-Grün hielt ihn im Amt.

Mit diesem Aggressionskrieg zerbrach die europäische Friedensordnung, die 1975 in Helsinki mit der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) – anstelle des im Kalten Krieg nicht zustande gekommenen Friedensvertrags mit Deutschland – geschaffen worden war. Nein, sie zerbrach nicht, sie wurde von Deutschland, das durch sie gezähmt werden sollte, zerbrochen. Und mit dem Krieg hebelten Deutschland und seine Verbündeten nicht nur die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) aus, sondern auch die UNO, die große Errungenschaft des Jahres 1945.




Unmittelbar nach dem Ende der NATO-Bombardements flog Bundeskanzler Schröder nach Kosovo und verlautbarte, durch diesen Einsatz der Bundeswehr verblaßten die einstigen deutschen Verbrechen auf dem Balkan. Weitere deutsche Militäreinsätze außerhalb des verfassungsrechtlichen Verteidigungsauftrags folgten, neuerdings auch ein, anfänglich verleugneter, Einsatz von Bodentruppen in Afghanistan – und Schröder rühmt sich der „Enttabuisierung des Militärischen“. Bezeichnend ist, daß er Besuchern im Kanzleramt auf seinem Schreibtisch ein Bild seines Vaters in Wehrmachtsuniform mit Hakenkreuz präsentiert. Sein zeitweiliger Staatsminister für Kultur, Naumann, hatte zwar verheißen, die nach Nazi-Generälen benannten Bundeswehrkasernen würden umbenannt, aber sie behielten ihre Namen. Der Militäretat wächst, die Rüstungsexporte wachsen. Und führende Politiker und Publizisten würdigen– unter Mitwirkung nationalistischer Intellektueller wie des von Schröder geschätzten Schriftstellers Martin Walser – die Entwicklung Deutschlands als „Normalisierung“, als „Rückkehr zur Normalität“.

In alledem äußert sich eine gefährliche Schlußstrich-Mentalität – die gerade deswegen gefährlich ist, weil sie sich nicht mit einer normalen Rolle Deutschlands begnügt, sondern überall nach einer Führungsrolle strebt. Die Erinnerung an die Nazi-Vergangenheit soll insoweit überwunden werden, als sie bei der wirtschaftlichen,

politischen und militärischen Expansion stört. Diese Schlußstrich-Mentalität hat auch die Debatte um die Entschädigung der Zwangsarbeiter bestimmt. Deutsche Konzerne sollten von allen Entschädigungsansprüchen befreit werden, die ihnen vor allem in den USA hinderlich waren. Von den Opfern der Zwangsarbeit war dabei kaum die Rede. Etliche Gruppen von Nazi-Opfern erhalten weiterhin keinerlei Entschädigung (und auch die westdeutschen Opfer des Kalten Krieges gehen leer aus).

Mehr und mehr Ermutigung durch Koalitionspolitiker finden dagegen die Vertriebenenfunktionäre, deren Forderungen sich derzeit vor allem gegen Tschechien richten. Das Nachbarland wird unter Druck gesetzt, die sogenannten Benesch-Dekrete rückgängig zu machen. Und nun laufen auch Planungen für ein „Vertreibungszentrum" – nachdem für das Holocaust-Mahnmal nicht einmal die Fundamente stehen; und seit Jahren ruhen die Arbeiten an der „Topographie des Terrors". Sogenanntes Gedenken beschränkt sich meist auf gedankenloses Kranzniederlegen, Aufklärung – die sich in Deutschland vor allem mit der Täterschaft befassen müßte: Wie wurden die Täter zu Tätern? – findet kaum statt.

Weil das Ansehen des wirtschaftspolitisch auf Export ausgerichteten Landes durch Nachrichten über Gewalttaten von rechts in Gefahr geriet, riefen PolitikerInnen von Koalitions- und Oppositionsparteien mal schnell zu einem „Aufstand der Anständigen" auf, der sich im wesentlichen in einer Kundgebung in Berlin erschöpfte und folgenlos blieb. Aus eben solcher Sorge um das Ansehen der Stadt X oder des Bundeslandes Y werden die meisten Nachrichten über Neonazi-Gewalt unterdrückt. Die Verfälschung der Kriminalstatistik ist so skandalös wie die permanente Kriminalisierung von Antifaschisten, die durch ihr Engagement versuchen, den Neonazismus überhaupt zum Thema zu machen – und so die Bemühungen um Vortäuschung eines nazifreien, demokratisch musterhaften Deutschland stören.

„Mehr Demokratie wagen" – das ist vorbei. Schon damals folgten bald die Berufsverbote. Unter Schröder und seinem Innenminister Schily haben Demokratie und Menschenrechte schweren Schaden genommen. Man lese den neuen „Grundrechte-Report" (rororo), worin der frühere Bundestagsvizepräsident Burkhard Hirsch u.a. aufzählt, welche zusätzlichen Ermächtigungen Polizei und Geheimdienste (nicht erst nach dem 11. September 2001) erhalten haben, welches Ausmaß die Bespitzelung der Bürger angenommen hat, wie rapide vor allem die Rechte von Ausländern erodiert sind. Jetzt drohen neue Einschränkungen der Rechte von Arbeitslosen – nachdem Schröders Ankündigungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit unerfüllt geblieben sind –, und hinter allen Gesundheitsreformplänen wird die Absicht sichtbar, auch die Rechte der Kranken zu reduzieren.

Rot-Grün hat Edmund Stoiber viel Vorarbeit geleistet. Die Notwendigkeit antifaschistischen Engagements ist nicht kleiner geworden – im Gegenteil.

# Nationaler Romantiker

## Walser, Schröder und die deutsche Schicksalsgemeinschaft



**Der nationale Gefühlshaushalt Martin Walsers ist inzwischen weitgehend bekannt, nimmt dieser doch jede sich bietende Gelegenheit wahr, das, was nach ihm selbst nur Sache des privaten Gewissens ist, öffentlich zu verkünden, um danach wieder die Tabuisierung dessen zu beklagen, was er eben aller Öffentlichkeit mitgeteilt hat. Zu befragen auf ihre Motive sind also die, die diesem Gefühlsnationalen immer wieder ein Forum bieten, seine Gefühle öffentlich zur Schau zu stellen.**

von Gerd Wiegel

Diesmal war es die SPD, der zum diesjährigen 8. Mai nichts Besseres einfiel, als ein Gespräch zwischen Martin Walser und Gerhard Schröder zum Thema „Nation. Patriotismus. Demokratische Kultur" zu organisieren. Die nationale Frage nicht den Rechten überlassen: Mit diesem Selbstverständnis macht sich die Sozialdemokratie seit Jahren zum Wegbereiter rechter Einstellungsmuster. Mit Walser hatte man sich unter Deutschlands Großintellektuellen eben den militantesten Vertreter eines neuen nationalen Selbstbewusstseins ausgesucht. Und Walser enttäuschte die Erwartungen nicht, so offensichtlich auch die Einschätzung der FAZ, die seine Rede gleich komplett abdruckte. Inzwischen hat sich selbst die FAZ von Walser abgewandt und begründet dies mit den antisemitischen Implikationen seines neuesten, noch nicht erschienenen Romans.

Walser präsentiert sich in seiner jüngsten Rede ganz als deutscher Romantiker und Gegenaufklärer, der Fühlen und Erleben gegen Ratio und Intellekt ausspielt. Fortgesetzt wird hier ein Strang aus seiner Paulskirchenrede, in der er vor allem die Intellektuellen für den Verlust der „natürlichen" und spontanen Zugehörigkeit zur Nation verantwortlich machte. War es damals insbesondere das Festhalten an der Erinnerung an die Verbrechen des deutschen Faschismus, das dem Gefühlsnationalismus im Weg stand, so ist es heute das rationale Nachdenken über Rolle und Bedeutung der Nation, die die „gefühlte" Zugehörigkeit verhindert. Zugehörigkeit, so Walser, muss man erleben, nicht definieren. Nur wer Zugehörigkeit also erlebt und erfühlt, kann zur Nation gehören. Wer aber kann eine solche Zugehörigkeit erfühlen? Hier wird der Romantiker Walser schnell zum Verkünder der Nation als Schicksal, als außerhalb des Willens der Individuen stehende Tatsache: „Und lange vor unserer Staatlichkeit waren wir eine deutsche Nation und bitte, nicht nur eine Kulturnation, sondern eine politisch tendierende Schicksalsgenossenschaft, die sich ihrer Zusammengehörigkeit bewusst war, ohne dass sie dafür schon die staatliche Fassung gefunden hatte." Die Nation als Schicksals-, nicht als Willensgemeinschaft: Walser setzt hier die alte deutsche Tradition fort, in der das Ethnos, nicht das Demos über die Zugehörigkeit zur Nation bestimmt. Ohne ihnen Gewalt anzutun, lassen sich diese Passagen als eindeutige politische Stellungnahme zur Frage der Zuwanderung lesen.

Nicht das intellektuelle Begründen, wer zur Nation gehört und gehören soll, kann diese definieren. Entscheidend ist die Schicksalsgenossenschaft einer Jahrhunderte langen Tradition, und die kann eben kein Einwanderer aufweisen. Folgerichtig bestehen die nationalen Aufgaben – und diese rechtfertigen für Walser den Fortbestand der Nation – in der Solidarität mit den Schicksalsgenossen, die am meisten unter der „Teilung Deutschlands" zu leiden hatten: „Wenn Solidarität, dann zuerst mit denen, die immer noch die Folgen dieser Teilung zu tragen haben. [...] Ich messe deutsche Politik zuerst und zuletzt an dem, was sie tut, diesen Landsleuten aus der Misere zu helfen, in die sie unverschuldet geraten sind und die sie immer noch zu ertragen haben." „Deutsche zuerst" ist nach Walser also die Forderung an die Nation als Schicksalsgemeinschaft.

Und die deutsche Vergangenheit? Sie wird diesmal weitaus kürzer aber dennoch eindeutig abgehandelt. Wie gerade gehört, gab es nur eine unverschuldete Misere, somit keine Verantwortung Deutschlands für die Teilung. Wer diese als zwangsläufige Folge, ja gar als Strafe für die Taten der Vergangenheit rechtfertigte, gehört für Walser zu jenen verhassten vaterlandslosen Intellektuellen, die nicht verstanden haben, dass das deutsche Volk mit dem Faschismus nichts zu tun hatte: „Die Teilung hat aber doch weniger die bestraft, die diese Verbrechen bewirkt haben, sondern irgendwelche Deutschen, die damit nichts zu tun gehabt haben."

Überhaupt ist für Walser die Verantwortung für den deutschen Faschismus weniger im Land selbst als im Ausland zu suchen. Genauer: Die rachsüchtigen Franzosen und westlichen Alliierten des Ersten Weltkrieges waren es, die Deutschlands Weg in den Faschismus bereiteten. Die „Mutterkatastrophe des Jahrhunderts" sei der Erste Weltkrieg gewesen: „Ohne diesen Krieg kein Versailles, ohne Versailles kein Hitler, ohne Hitler kein Weltkrieg Zwei, ohne Weltkrieg Zwei nichts von dem, was jetzt unser Bewusstsein und unser Gefühl bestimmt, wenn wir an Deutschland denken." Diese Gedankenkette ist eindeutig: Das Ausland, das ja laut Walser noch heute Kapital aus „unserer Schande" schlägt, hat den Faschismus in Deutschland zu verantworten; immanente Wurzeln hierfür sind allenfalls marginal: „Das wichtigste Glied in der historischen Kette bleibt: ohne Versailles kein Hitler."

Was Walser hier fortsetzt und zuspitzt ist der neue deutsche Opferdiskurs, der die Deutschen als erste und schwerste Opfer des Nationalsozialismus ansieht. Unverschuldet ist man so um einen natürlichen Gefühls–nationalismus gebracht worden, den man sich jetzt – unter kräftiger Anleitung von Martin Walser – gegen die geschichtsarbeitenden und alle Gefühle zersetzenden Intellektuellen wieder aneignen muss. Kostbar und wichtig für die Selbststilisierung ist dabei die Position der eigenen Marginalität, die wider die Realität behauptet wird: So werde heute jedes Buch akklamiert, das die deutsche Geschichte zwangsläufig auf Auschwitz zulaufen lasse, so etwa Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker", das überall im Land laut propagiert worden sei. Der interessierte Beobachter weiß, dass es genau anders herum war, dass Goldhagen gerade auch von kritischen deutschen Intellektuellen stark kritisiert wurde, womit jedoch Walsers klare Feindbestimmung konterkariert würde.

Die Vergangenheit ist für Walser vergangen und kann nie wieder zurück kehren, womit auch von dieser Seite einer neuen selbstbewussten Nation und einem romantischen, gefühlsorientierten Nationalismus nichts mehr im Weg steht. Auschwitz, so weiss er, ist aus historischen Bedingungen entstanden, die „sich niemals wiederholen" können und der Zweite Weltkrieg „war der allerletzte Krieg, den diese Nation angezettelt hat." Diese apodiktischen Setzungen wirken wie das hilflose Pfeifen im Walde eines von seinen Gefühlen überwältigten nationalen Romantikers, der endlich alle Zweifel an diesen Gefühlen überwinden will. Die politische Ernte solcher Reden ist in Wahlkampfzeiten willkommen. Ob die Sozialdemokratie, die Walser dieses Forum bot, sie einfährt, ist zu bezweifeln. Die konsequenteste tagespolitische Umsetzung der Walserschen Tabubrüche vollzieht momentan die FDP, die den walserkompatiblen Rechtspopulismus offensichtlich auch in Deutschland ins Parlament bringen will.

# Einbindung & Integration

## Die CDU/CSU als „rechte Sammlungspartei"

**Während in mehreren europäischen Ländern derzeit „rechtspopulistische" und rechtsextreme Parteien Wahlerfolge einfahren, wird es bei den kommenden Bundestagswahlen keine vergleichbare Partei in den Bundestag schaffen. Dies liegt mit daran, dass es der CDU/CSU (Union) immer wieder gelungen ist, einen Teil des rechtsextremen Wählerspektrums an die Union zu binden.**


von Ernst Kovahl




Als sich im Jahre 1945 CDU und CSU gründeten, verstanden sie sich nicht als konservative, sondern als christliche, soziale und demokratische Volksparteien. Denn nach der Befreiung vom Faschismus waren konservative Kräfte erst einmal als „Steigbügelhalter" des Nationalsozialismus diskreditiert. Die CDU/CSU unterschied sich deutlich von den konfessionell klar differenzierten konservativen Parteien der Weimarer Republik: Sie sollte nun beide christliche Konfessionen unter einem Dach zusammenbringen und als klassenübergreifende Partei ihre Wähler in allen sozialen Schichten finden.

Obwohl die CDU/CSU als neue Partei an den Start ging, konnte sie an konservative Traditionen anknüpfen. In den katholischen Gegenden war dies das katholische Milieu und die „Zentrumspartei" und in den protestantischen Gebieten ein relativ intaktes „konservatives Milieu". Weil die konservativen Vereine im NS meist nur oberflächlich gleichgeschaltet wurden, erlebte das konservative Milieu schon in den ersten Nachkriegsjahren wieder eine Renaissance, an die die Union anknüpfen konnte.

Unter Konrad Adenauer entwickelte sich die Union in den 1950er Jahren zur rechten „Sammlungspartei", als sie eine

Reihe konkurrierender rechter Parteien übernahm oder in die Bedeutungslosigkeit schickte. Mit Wahlbündnissen sowie Koalitionen und gezieltem Abwerben von bedeutenden Funktions- und Mandatsträgern wurden Teile der Parteien in die Union integriert. Diese Integrationspolitik setzte vor allem auf ein Lockmittel: Posten und Karriere in der Union. Die noch eine Zeit lang weiterbestehenden oppositionellen Parteireste wurden so geschwächt und lösten sich meist schnell auf. Diese Strategie griff sowohl bei der „Deutschen Partei“ (DP) als auch beim „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE). Beide waren erst in unionsgeführten Bundesregierungen vertreten und gingen später in der Union auf, nachdem führende Vertreter dorthin gewechselt waren.

Auch inhaltlich kam Adenauer der Konkurrenz entgegen: Antikommunismus und Bemühungen zur Integration von Altnazis und Mitläufern des NS gegen den Willen der Alliierten sowie großzügige Wahlgeschenke waren der Kitt, der die rechte Sammlung zusammenhielt.

Eine weitere Partei der extremen Rechten, die „Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei“ (DKP-DR) zog 1949 in den Bundestag ein. Noch im selben Jahr spaltete sich der an der NSDAP orientierte Parteiflügel ab und gründete die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP). Während die DKP-DR rasch an Bedeutung verlor, gelang der SRP 1951 immerhin der Einzug in zwei Landesparlamente. Obwohl es auf kommunaler Ebene Bündnisse mit der CDU gab, begegnete die Union der SRP nicht mit Wohlwollen. Die unionsgeführte Bundesregierung beantragte 1951 ihr Verbot, das im folgenden Jahr auch durchgesetzt wurde.

Der CSU stand mit der „Bayernpartei“ (BP) eine weitere Konkurrenz gegenüber. Sie propagierte einen ausgeprägten bayerischen Patriotismus und erreichte so 1949 in Bayern ganze 20 Prozent der Stimmen. Als Antwort rückte die CSU föderalistische Elemente stärker in den Mittelpunkt, um so das Potenzial zu integrieren und sorgte andererseits dafür, dass die „Spielbank-Affäre“ der schon geschwächten BP 1959 endgültig das Genick brach.

Neben dem gesellschaftlichen Strukturwandel in den 1960er Jahren trug auch die Union selbst zu ihrer Schwächung bei. Ihre Koalition mit der SPD stieß bei der Rechten auf Ablehnung, so dass sich viele Wähler wieder von der Union entfernten. Dies war einer der Gründe für den raschen Aufstieg der NPD, die zeitweilig in sieben Landtagen saß. Dementsprechend richtete die Union ihre Wahlkämpfe nun gegen die NPD aus, um den rechten Rand wieder an die Partei zu binden. Aufgrund von Protesten in der Öffentlichkeit konnte die CDU aber ihr bisheriges Kooperationskonzept nicht mehr verfolgen. In Niedersachsen überzeugte die CDU daher drei NPD-Landtagsabgeordnete, in die CDU zu wechseln, um die NPD zu schwächen. Auf ideologischer Ebene unternahm die CDU gleichzeitig eine nationale Gegenoffensive und plädierte für nationales Selbstbewusstsein und eine positivere Darstellung der deutschen Vergangenheit. Parallel dazu kamen Politiker des national-konservativen Flügels der CDU in Spitzenpositionen der Union.



*Angela Merkel und Edmund Stoiber*

Die Mitgliederbasis der Union verdoppelte sich innerhalb weniger Jahre auf 650.000 Mitglieder im Jahr 1976. Denn die Ablehnung der 1969 gebildeten SPD/FDP Koalition und deren „neuen Ostpolitik“, sowie die Furcht vor den weltweit stärker werdenden sozialistischen Bewegungen waren Antriebskräfte, sich wieder in der Union zu sammeln, die mit „Freiheit statt Sozialismus“ und „Aus Liebe zu Deutschland“ warb.

Erst Ende der 1980er Jahre, fast zwei Jahrzehnte nach dem Verschwinden der NPD aus den Parlamenten, zogen mit den „Republikanern“ (REP) und der DVU wieder rechte Parteien in mehrere Landtage ein. Teile der CDU plädierten schnell für eine Zusammenarbeit mit den REP, doch die Union verbot jede Koalitionen. Dadurch fehlte den REP eine Machtperspektive, was eine dauerhafte Etablierung in den Parlamenten erschwerte. Zur Aufrechterhaltung der Hegemonie in der Rechten setzt die Union nun auf eine Doppelstrategie: Einerseits klare Unvereinbarkeitsbeschlüsse, andererseits eine erneute ideologische Rechtsverschiebung. Trotzdem waren auch in den 1990er Jahren mehrere rechtsextreme Fraktionen in Landesparlamenten vertreten.

Nachdem nun in Hamburg Schills „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ mitregiert, steht die Frage des Rechtspopulismus auch in Deutschland auf der Tagesordnung. Europaweit scheinen rechtspopulistische Parteien derzeit von der Auflösung traditioneller politischer Milieus zu profitieren, die den Volksparteien sichere Mehrheiten versprachen. Auch bei der Union sorgt man sich daher: Die CSU-nahe „Hanns-Seidel-Stiftung“ warnte vor einer neuen „konservativen Erneuerungsbewegung“, die, so die Parteistrategen, der Union einen bedeutenden Teil der Wählerstimmen abspenstig machen würde. Doch bisher konnten trotz eines entsprechenden Wählerpotenzials rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien keine dauerhaften Erfolge erzielen. Drei Gründe mögen Ursache dafür sein: Erstens belegt ein Blick in das Programm der Union zur Bundestagswahl 2002, dass derzeit kein Bedarf an einer „rechtspopulistischen“ Partei besteht. Denn „die Einbindung und Integration rechter Parteien und ihres Klientels funktioniert bis heute durch die Übernahme großer Teile der inhaltlichen Positionen“, wie der Politikwissenschaftler Gerd Wiegel über die Union schreibt. Zweitens sorgen persönliche Überschneidungen zwischen Union und der extremen Rechten für die Integration des rechtsextremen Wählerpotenzials. Darüber hinaus ist drittens die enge Bindung an die Union trotz Strukturwandels nicht gänzlich verschwunden. Die Christdemokraten verfügen mit ihren 600.000 Mitgliedern allein in der CDU weiterhin über eine starke Basis, die auch in Krisen zu ihr hält.

**Lehrer leugnet Shoah**

Ein frühpensionierter Lehrer ist vom Landgericht Frankfurt/Main am 13. Juni diesen Jahres wegen Verharmlosung des Holocaust verurteilt worden. Der 56-Jährige erhielt eine neunmonatige Bewährungsstrafe. Im Oktober 1999 hatte er in einem FDP-Internetforum den Holocaust als „jüdischen Propagandaschwindel“ und „den größten Schwindel der Weltgeschichte“ bezeichnet. Er leugnete die planmäßige Vernichtung in Gaskammern und beschimpfte Personen als „judenkriecherische Janitscharen“. Der Mann war erst angezeigt worden, nachdem er nahezu den selben Beitrag auch in ein CDU-Internetforum gestellt hatte. In dem Verfahren behauptete er, dass er den Holocaust nicht bestreite, dieser aber nicht „in dieser Größenordnung“ stattgefunden habe. Sein Anwalt Ludwig Bock beantragte Freispruch. Man komme nicht um das „Faktum“ herum, dass die offizielle Zahl der Ermordeten „nicht mehr stimmt“, so Bock. Dem entsprach das Gericht nicht. Der Angeklagte habe nicht nur die Gefühle betroffener verletzt, sondern auch den Rechtsfrieden gestört.

# Nachholende Entwicklung

## Möllemann, die FDP und ein „Dammbruch“

**Jürgen W. Möllemann und die FDP können sich ein besonderes Verdienst zuschreiben: Sie haben den Antisemitismus wieder zu einem offiziellen und anerkannten Faktor in der politischen Kultur der Bundesrepublik gemacht. Und dabei mussten nur die altbekannten judenfeindlichen Motive bemüht und in die heutige politische Arena gebracht werden.**

von Gerd Pfarrland

Eben noch bunte Spasspartei samt „Guidomobil“ und eigenem Kanzlerkandidaten, nun anscheinend plötzlich auf den Antisemitismus als Stimmenbeschaffer setzende „Protest-Partei“, die sich nicht scheut, Wähler vom rechten Rand ansprechen zu wollen.

Diese Tendenzen sind aber keineswegs neu. Neben dem bügerrechtlich-liberalen Flügel der FDP existiert seit Gründung der Partei 1948 ein national-liberaler. Der NRW-Landesverband, dem Möllemann heute vorsteht, und der Landesverband Niedersachsen waren in den 1950/60er Jahren ein Sammelbecken ehemaliger NS-Funktionäre. Die FDP strebte das Ende der Entnazifizierung und eine Generalamnestie für alle NS-Verbrecher an.

Ausgangspunkt der aktuellen Debatte sind antisemitische und israelfeindliche Äußerungen des FDP-Überläufers Jamal Karsli und Möllemanns. Der ehemalige Grünen-Landtagsabgeordnete in NRW Karsli behauptete in einem Interview mit der neofaschistischen „Junge Freiheit“ eine „zionistische Lobby“, die „den größten Teil der Medienmacht in der Welt inne“ habe und „jede auch noch so bedeutende Persönlichkeit 'klein' kriegen“ könne. Den Deutschen werde „beim Thema Israel“ mit der Erinnerung an den NS „schlicht und ergreifend Angst einzujagen versucht, damit sie den Mund nicht aufmachen“. In einer Pressemitteilung behauptete Karsli, der Staat Israel wende „Nazi-Methoden“ an. Möllemann stellte sich öffentlich hinter Karsli. Nach wochenlangem Schweigen und späteren halbherzigen Missbilligungserklärungen des FDP-Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle, zog Karsli seinen Aufnahmeantrag für die Freidemokraten zurück. Aber erst nach einem Ultimatum Westerwelles schied Karsli aus der Düsseldorfer Landtagsfraktion der FDP aus.

Vom „Zentralrat der Juden in Deutschland“ (ZJD) wurde die FDP deutlich wegen der Äußerungen kritisiert. In einem Interview sagte Möllemann: „Ich fürchte, dass kaum jemand den Antisemiten, die es in Deutschland gibt, [...] mehr Zulauf verschafft hat als Herr Scharon und in Deutschland ein Herr Friedman mit seiner intoleranten und gehässigen Art.“ Damit gab er Michel Friedman, Vizepräsident des ZJD, Schuld am Antisemitismus in der Bundesrepublik.

Gesellschaftliche Reaktionen auf Möllemanns antisemitsche Phantasien fielen erschreckend verhalten aus. Oder es wurde bspw. behauptet, in der Debatte gehe es gar nicht um Antisemitismus - Möllemann sei wie Martin Walser natürlich kein Antisemit, beide verbinde „nicht Antisemitismus, sondern ein anderes, überwölbendes Motiv: die Meinungshoheit jener zu brechen, die sie als '68er begreifen“ (Hans-Ulrich Jörges im „stern“). Sie seien nur „Kombattanten im Kleinkrieg gegen die Gesinnungspolizei der Political Correctness“, gegen deren Denk- und Sprechverbote. Von „Moral-“ und „Antisemitismus-Keule“ ist die Rede, mit der unberechtigterweise hantiert werde, von „Gedankenpolizei“, „Generalverdacht“, „Rufmord“, „Killerwort Antisemit“ und ähnlich sich selbst entlarvenden Klassifizierungen.

Möllemann, der „Prototyp des modernen Antisemiten“ (Henryk M. Broder), artikuliert den Antisemitismus nach und „wegen“ Auschwitz, der Juden als unangenehme Mahner und Erinnerer an die Verbrechen des NS personifiziert, die einer „Normalisierung“ Deutschlands im Weg stünden und daher das „positive Nationalbewusstsein“ stören.

Wieder wird einer Debatte im Kontext der Auseinandersetzung mit dem NS in Deutschland bescheinigt, sie sei durch ihre bloße Existenz „heilsam“, es müsse über etwas „mal ganz offen“ geredet werden. Was war bisher nicht offen? Die immer wieder gestellte Frage, ob es nicht erlaubt sei, Kritik an Israel zu üben, ist scheinheilig. Kritik an Israel wird auch in der Bundesrepublik andauernd und offen geübt. Die Fragestellung allein impliziert das antisemitische Motiv von der Allmacht und Weltverschwörung der Juden, von der „Auschwitz-Keule“, die nach Lust und Laune benutzt werde. Möllemann tritt als Befreier von „unterdrückten“ Meinungen auf.




*Wahlplakat der FDP von 1949*

Die deutschen Alt- und Neonazis danken es ihm schon jetzt. Franz Schönhuber erklärt sich „hochzufrieden“ über Möllemanns „Dammbruch“, den er mitvorbereitet habe. 1994 hatte Schönhuber den damaligen Präsidenten des ZJD, Ignatz Bubis, nach einem Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge als Verantwortlichen für die Existenz von Antisemitismus durch sein Auftreten beschimpft und der „Volksverhetzung“ bezichtigt.

Für Guido Westerwelle stellt die derzeitige Diskussion zur israelischen Politik „ein Stück nachholende Entwicklung“ dar. „Mit derartigen Klischees eigene Ziele zu verfolgen, hatte lange Zeit nahezu ausschließlich zum strategischen Potenzial von Parteien am rechten Rand gehört - aber die Zeiten haben sich offenbar geändert“, wie der „Spiegel“ schreibt. Oder, in Möllemanns wahnhafter Sprache: „Die Zeiten, in denen man uns das Denken verbieten wollte, sind vorbei.“

### Chomsky in „Nationalzeitung“

Der US-amerikanische Linguistikwissenschaftler Noam Chomsky hat der rechtsextremen „National-Zeitung“ ein ausführliches Interview gegeben. In den Ausgaben 26 und 27 der von DVU-Chef Gerhard Frey herausgegebenen Zeitung äußert sich Chomsky zur Politik der USA und Israels. Er wird als „entschiedener Gegner jeder Einengung der Meinungsfreiheit und Kämpfer wider die Zensur“ vorgestellt. Chomsky habe sich „auch für das uneingeschränkte Äußerungsrecht revisionistischer Zeitgeschichtler [sic!] eingesetzt“. Für das 1980 erschienene Buch des Holocaustleugners Robert Faurisson „Mémoire en défense“ - Untertitel: „La question des chambres á gaz“ - schrieb Chomsky das Vorwort, was für einen Eklat sorgte.

# Liberalismus und Antisemitismus

## Eine Rückschau

**Antisemitismus und Liberalismus ist kein neues Thema, sondern die Geschichte einer ständig notwendigen Abgrenzung. Historisch war der Antisemitismus keine konservative Bewegung. Als 'Grundstimmung' fand er auch in liberalen Parteien Rückhalt.**

von Peter Bern

„Juden und Liberale“, notierte 1881 der Antisemit Paul de Lagarde, „sind naturgemäß Bundesgenossen.“ Mit dieser Meinung stand er nicht allein. Der Aufstieg der deutschen Juden ins Bürgertum und ihre damit verbundene Rolle als Wirtschaftspioniere ließ viele Juden des 19. Jahrhunderts sich der liberalen Bewegung anschließen. Im Umkehrschluss ging, wie bei Lagarde, Antiliberalismus oft einher mit Antisemitismus. Dennoch konnten selbst liberale Grundsätze wie bürgerliche Rechte und individuelle Freizügigkeit mit der „Judenfrage“ aufgeweicht werden. Als 1840 Christian VIII. von Dänemark den Juden seiner deutschen Herzogtümer Bürgerrechte verleihen wollte, stieß er auf heftigen Widerstand der Ständeversammlungen. Wortführer gegen die Emanzipationspläne war ausgerechnet der holsteinische Liberale Georg Löck. Die Kritik des bedeutenden jüdischen Aufklärers Ludwig Salomon Steinheim aus Altona wurde von Löck und der liberalen Presse zurückgewiesen: „Der Jude“, hieß es schon damals, „kennt kein Vaterland“. Aus den Reihen der holsteinischen Liberalen stammte auch der anonyme Verfasser einer Kampfschrift gegen Steinheim „über den wahren und falschen Liberalismus“. „Es gibt keine wahre Freiheit ohne wahres Christentum“, hieß es in ihr. Der Judenhass des frühen 19. Jahrhunderts artikulierte sich noch christlich. Folglich können Staatsbürgerrechte für Juden „vor keinem christlichen Gewissen verantwortet werden“. Ebenfalls in der Frage der Judenemanzipation bekämpfte Löck den jüdischen Liberalen und Abgeordneten Gabriel Risser. Dieser sollte in liberalen Kreisen noch einen anderen Gegner finden, der später zum „Patriarchen des Antisemitismus“ erklärt wurde: Wilhelm Marr. Marr, radikaler Liberaler aus Hamburg, wandelte sich erst im Konflikt mit den Gemäßigten zum Antiliberalen. Risser nannte er „oberflächlichen jüdischen Dickwanst“ und dessen politische Forderungen als „jüdisch-liberale Lümmelei“. Rissers erste große Rede in der Paulskirche war eine Erwiderung auf den Stuttgarter Liberalen Moritz Mohl, der sich mit dem Argument „der Fremdstämmigkeit der Juden und ihrer allgemeinen Schädlichkeit“ gegen die Emanzipation stellte.

In den Flügelkämpfen des deutschen Liberalismus setzten sich meist die Gemäßigten durch, in deren Reihen selbst viele Juden aktiv waren. Der Trennungsstrich musste aber ständig gezogen werden. Liberaler Gesinnung war auch Richard Wagner, der 1850 unter dem viel sagenden Namen K. Freigedank Auslassungen über das Judentum veröffentlichte. Der spätere Gastgeber des Grafen Gobineau war keinesfalls ein Reaktionär, sondern aktiver 48er. Seine Schrift „Das Judentum in der Musik“ sollte zum antisemitischen Standardwerk avavcieren. 1862 betonte Ludwig Häusser, Historiker der liberalen „Heidelberger Schule“, dass „der Israelit“ seine „natürlichen Eigenschaften“ nicht mit der Taufe ändere.




*Antisemit vor der FDP-Zentrale in Berlin am 5.5.2002*

Die enge Verknüpfung des Liberalismus mit der nationalen Bewegung machte ihn auch für dessen chauvinistische Begleiterscheinungen anfällig, weshalb der Streit um die „Judenfrage“ im Kaiserreich trotz Reichseinigung und rechtlicher Gleichstellung 1871 neue Nahrung erhielt.

Der Beginn des modernen Antisemitismus wird auf das Jahr 1879 datiert: Wilhelm Marr, der Ex-Liberale, prägte in diesem Jahr den Begriff in seiner Publikation „Der Sieg des Judentums über das Germanentum“. Für das bürgerliche Deutschland dieses Jahres von Bedeutung ist der „Berliner Antisemitismusstreit“ um einen judenfeindlichen Aufsatz des Berliner Professors und Reichstagsabgeordneten Heinrich von Treitschke in den geachteten ‚Preußischen Jahrbüchern‘. Aus der Feder des bewunderten liberalen Historikers, Politikers und Publizisten sollte er helfen, den Antisemitismus in gebildeten Kreisen respektabel zu machen.

Im „modernen“ Gewand der Rassentheorie schwelte der Judenhass auch im liberalen Bürgertum der Gründerzeit und des Spätwilhelminismus. Beispielhaft für mangelnde Abgrenzung ist der Werdegang der Liberalen in der Weimarer Republik. Im Zuge der Entliberalisierung der bürgerlichen Mitte entschlossen sie sich, schrieb Theodor Heuss rückblickend, „in glanzloser Resignation zu kapitulieren.“ Tatsächlich wechselte ein Teil des bürgerlichen Milieus in die extreme Rechte. Selbst die DDP, die politische Heimat des jüdischen Bürgertums, fusionierte 1930 mit dem antisemitischen „Jungdeutschen Orden“ zur „Staatspartei“.

Wesentlich klarer war die Entwicklung des Liberalismus in Österreich. Hier entschieden sich die Flügelkämpfe noch im Neunzehnten Jahrhundert, wobei der Antisemitismus eine treibende Kraft darstellte. Er verhinderte, dass das jüdische Bürgertum eine Rolle als liberaler Kern der Gesellschaft spielen konnte. Die schwachen Strömungen des österreichische Liberalismus wurden vom Deutschnationalismus überlagert, als „Dritte Kraft“ zwischen Monarchisten und Sozialisten orientierte man sich nationalliberal: großdeutsch und antisemitisch. Eine liberale Allianz von 1882 zerbrach nach wenigen Jahren, zwei der Gründer, Georg Schönerer und Karl Lueger, haben ihren Platz im Ensemble des österreichischen Antisemitismus. Die Blockade einer liberalen Entwicklung verbietet schließlich auch, den späteren Werdegang der FPÖ als Ausnahmephänomen zu betrachten. Der Aufstieg Haiders entsprach vielmehr der Entwicklung des Liberalismus. Der Parteienforscher Anton Pelinka konstatiert gar die „Zerstörung des österreichischen Liberalismus durch Antisemitismus“. In Österreich hatte die Abgrenzung nie funktioniert.

# Herkules' Kameraden

## Die „Deutschen Konservativen“

**In den letzten Monaten haben die „Deutschen Konservativen“ (DK) um Joachim Siegerist die Öffentlichkeit gesucht. Allerdings nicht für sich selbst, sondern für ihren neuen Hoffnungsträger Ronald Barnabas Schill.**

von Janine Clausen

Mal wieder hoffen die DK, die 1980 aus der „Bürgerinitiative Demokraten für Strauß“ in München hervorgegangen sind, auf eine „vierte Partei“ rechts, aber „nicht rechtsradikal“, von der CDU/CSU. Nach den Hamburger Bürgerschafts- und Bezirkswahlen 2001 ließ der mittlerweile in der Hansestadt eingetragene Verein ein Solidaritätsplakat für den neuen „Innensenator“ plakatieren: „Danke für Ihre Arbeit! Weiter so!“. Keine Ironie, sondern solidarische Bewunderung. Gegen den Applaus der „Konservativen“, die vor der „kommunistischen Gefahr durch SPD - PDS“ warnen, die „Zwangsarbeit“ im Dritten Reich nicht immer als „schlechte Behandlung“ wissen wollen und hoffen, dass „Deutschland deutsch“ bleibt, hat sich die Schill-Partei bisher nicht verwahrt.

Die DK applaudieren dem Erfolg aber nicht nur hinterher. Voller Hoffnung bemühten sie sich, bei den diesjährigen Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt für die Schill-Partei Stimmen einzufangen. Per Post warben sie um Spenden, um eine Zeitungsanzeige, die zur Wahl Schills aufrufen sollte, schalten zu können. Gleichzeitig versandten sie kostenlos die von Carl Gustaf Ströhm verfasste Broschüre „Ronald Schill - Alles über ihn und seine Freunde“. Der Freund der DK und langjährige Osteuropakorrespondent des „Axel Springer Verlages“ stellt fest, dass das Schill-Programm mit den Positionen der DK übereinstimmt und meint: „Für Ronald Schill gilt, was einst der Landknechtsführer Frundber zu Martin Luther sagte: ‚Mönchlein, du gehst einen schweren Gang‘. Aber einer muss den Anfang machen (...) Eine Herkules-Aufgabe steht vor ihm. Im Interesse des Landes sollte man ihm eine Chance geben“. Umso enttäuschter waren die DK über das Scheitern der Schill-Partei. Die Gründe der Niederlage deutete Siegerist per Presserklärung: „1. Es war falsch, einen leicht zu bekämpfenden ‚Millionen-Wessi‘ als Spitzenfigur“ (...) zu schicken“, zweitens hätte man sich nicht von den Rechten abgrenzen dürfen und drittens sei der Wahlkampf amateurhaft geführt worden. Trotzdem will man sich weiter für eine „konservative Partei“ einsetzen, wobei die Schill-Partei immer noch Hoffnungsträger bleibt.




*Werbung der „Deutschen Konservativen“ in Hamburg*

# Deutschlands Rettung

## „Schill-Partei“ will zur Bundestagswahl antreten

**Der alte Spitzenkandidat ist der neue Spitzenkandidat. Ronald Schill kämpft erneut mit der Partei seines Namens um die Gunst der Wähler. Auf dem Bundesparteitag in Hamburg am 22. Juni diesen Jahres beschlossen die Mitglieder der „Partei rechtsstaatliche Offensive“ (Schill-Partei) die Kandidatur zur Bundestagswahl.**

von Andreas Speit

„Wir werden die dritte Kraft“, verspricht Schill den etwa 1.000 Angereisten. Zu Beginn des zweiten Parteitags innerhalb von sechs Wochen, der nötig wurde, weil der erste laut Satzung wegen der zu geringen Teilnehmerzahl nicht beschlussfähig war, hatte der Vorsitzende noch das Gegenteil verkündet: „Wenn wir teilnehmen, wird das ein Desaster“, versuchte er die Mitglieder auf einen Verzicht einzuschwören. Sowohl finanziell, als auch organisatorisch sei die Partei überhaupt nicht vorbereitet. Die Mitglieder vernahmen es, folgten aber anderen Stimmen, wie bspw. dem schleswig-holsteinischen Landesbeauftragten Dieter Schreck: „Die Bundesrepublik Deutschland ist nur zu retten, wenn wir zur Wahl antreten“. Und so erlebte Schill seine erste Niederlage in der eigenen Partei: 453 Mitglieder wollten eine Teilnahme, 386 nicht. Kaum überstimmt, stimmte Schill einer Spitzenkandidatur zu und umriss das neue Wahlprogramm mit alten Parolen: „32.000 Islamisten in Deutschland, [seien] ein unerschöpfliches Reservoir für Terroristen“, das „Zuwanderungsgesetz“ werde durchgepeitscht „wie in einer Diktatur“, „Wir brauchen eine Festung Europa“ und der CDU/CSU-Kanzlerkandidat habe „sich weichspülen lassen“.

Wie der Wahlkampf zu führen sei, wusste der ehemalige thüringische Landesbeauftragte Martin Moderegger: „Pim Fortuyn in den Niederlanden hat doch gezeigt, wie man innerhalb kürzester Zeit einen erfolgreichen Wahlkampf aufzieht“.

Vor dem Parteitag hatte der Vorstand versucht, die Abstimmung zu beeinflussen. Mit den Befürwortern der Kandidatur wie dem „Landesfürsten“ Hans-Joachim Selenz (Niedersachsen), Dieter Mückenberger (Nordrhein-Westfalen) und Moderegger wurde kurzer Prozess gemacht - sie mussten ihre Funktionen abgeben. Ebenso ließ der Vorstand Gründungsversammlungen auf Landesebene scheitern. Denn kämen fünf Verbände zusammen, müsste der Bundesvorstand neu gewählt werden. Schill beschwichtigt: „In Parteien gibt es immer mal Ärger“. Dieser scheint nun offiziell beendet zu sein. Nach der Wahl will Schill als Bundesinnenminister von der Elbe an die Spree ziehen. Bis zum 18. Juli diesen Jahres muss die Partei beim Bundeswahlleiter die Landeslisten vorlegen - die erste Hürde für sie.

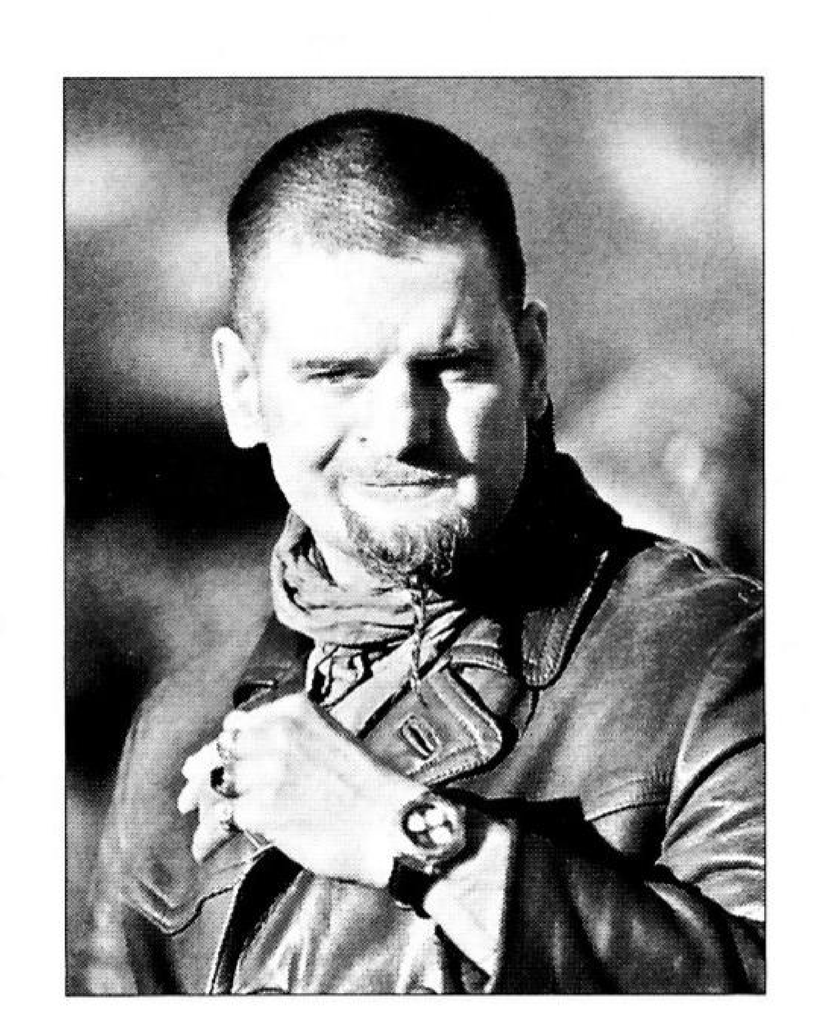
# Wohnen wie die Fürsten

## Rechter Immobilienkauf in Ostdeutschland

**Die Logistik und die Lage stimmen: Das neue Kaufobjekt in Trebnitz liegt nur wenige Minuten von der Autobahnabfahrt Könnern bei Halle entfernt, aus allen Teilen der Republik gut erreichbar.**

von Ernst von Ahsen

Versteckt hinter hohen Mauern ist das denkmalgeschützte Schloss aus dem 17. Jahrhundert auf dem 7.000 qm großen Parkgelände von der Durchgangsstraße aus nicht einsehbar. Der Preis stimmte auch: Für 100.000 DM bekam Neubesitzer Uwe Meenen, NPD-Chef in Würzburg, 2001 den Zuschlag bei der Auktion der „Deutschen Grundstücksauktionen AG" in Berlin. Die Strategie geht zunächst auf: Der Landkreis Bernburg ist froh, das marode ehemalige Pflegeheim loszuwerden. Dorfbewohner in Trebnitz sagen offen, dass ihnen „die Braunen" lieber seien als Ausländer, und die rechte Szene kann nun mit dem Aufbau ihres „Nationalen Zentrums Mitteldeutschland" beginnen. Die Verantwortlichen im Landratsamt erfahren tatsächlich erst nach Monaten, wen sie sich ins Nest geholt haben. Als Verfassungsschützer aus Magdeburg die ersten Warnungen nach unten weitergeben, ist es zu spät für eine erfolgreiche Klage, Meenen hat den Kaufpreis bereits bezahlt.



Doch nicht Meenen sondern Steffen Hupka, bekanntester Neonazi aus Sachsen-Anhalt, übernimmt die Aufsicht über die Bauarbeiten und Planungen. Ausgerechnet Hupka. Der „freie Nationalist" flog vor kurzem aus dem Bundesvorstand der NPD, als „zu militant". Öffentlich griff Hupka Horst Mahler vom „Deutschen Kolleg" an, zum Kolleg gehört auch Meenen an führender Stelle. Meenen ist nicht erreichbar, Mahler schimpft und verweist auf Meenen, und Christian Worch feixt: „Ich habe mir das Schloss zwar schon angeschaut, aber ich kümmere mich um Demos und Konzerte. Steffen Hupka macht die Schulungen".

Das Landratsamt in Bernburg schaut dem braunen Treiben in Trebnitz relativ hilflos zu. Es wurde ein Baustopp verhängt, aus Gründen des Denkmalschutzes. Bei weiteren anstehenden Schlossverkäufen will man sich genau erkundigen, ob Neonazis Interesse daran haben könnten, bevor man die Gebäude in die Auktion gibt, so der Anwalt des Amtes Rainer Hachfeld.

Am 27. April lud Hupka zum Treffen in „unser Schloss", um die „Notwendigkeit einer bundesweiten Organisation" - rechts von der NPD versteht sich - zu besprechen. Anbei informierte er die Kameraden, was in Trebnitz alles entstehen soll: Saal für ca. 220 Personen, zwei Seminarräume, 12 Wohnungen, Mannschaftszimmer, Zeltmöglichkeiten, Schlossgaststätte, Rittersaal, Kinder- und Spielzimmer, Büros für Verwaltung und politische Arbeit sowie ein Übungsraum für Musikgruppen und Liedermacher. Zur Zeit ist es ruhig im Schloss Trebnitz. Die Pressemeldungen könnten für Unruhe in der braunen Szene gesorgt haben. Es heißt, Hupka habe sich bereits eine neue Immobilie in Sachsen gekauft. Woher das Geld für die Immobilienkäufe bzw. die gigantischen Renovierungskosten (mind. 1 Millionen Euro werden für Trebnitz geschätzt) kommt, bleibt offen. Ebenso wie bei einem anderen stattlichen Neuerwerb: Der Führer der „Kameradschaft Northeim", Thorsten Heise, hat sich gemeinsam mit seiner Frau ein großes denkmalgeschütztes Herrenhaus im thüringischen Fretterode zugelegt. Ende des Jahres, wenn das derzeit darin betriebene Pflegeheim umzieht, will er es beziehen. Nur privat, sagt Heise den JournalistInnen. „Kein Schulungszentrum wie bei Hupka", beteuert er brav, „die Kameraden sind nur zum Renovieren vor Ort". Im ebenfalls von der Treuhand 2001 erworbenen neuen Herrenhaus von Thomas Wulff und Michael Grewe im mecklenburgischen Amholz sollen schon Sonnwendfeiern und Skinhead-Partys stattgefunden haben.



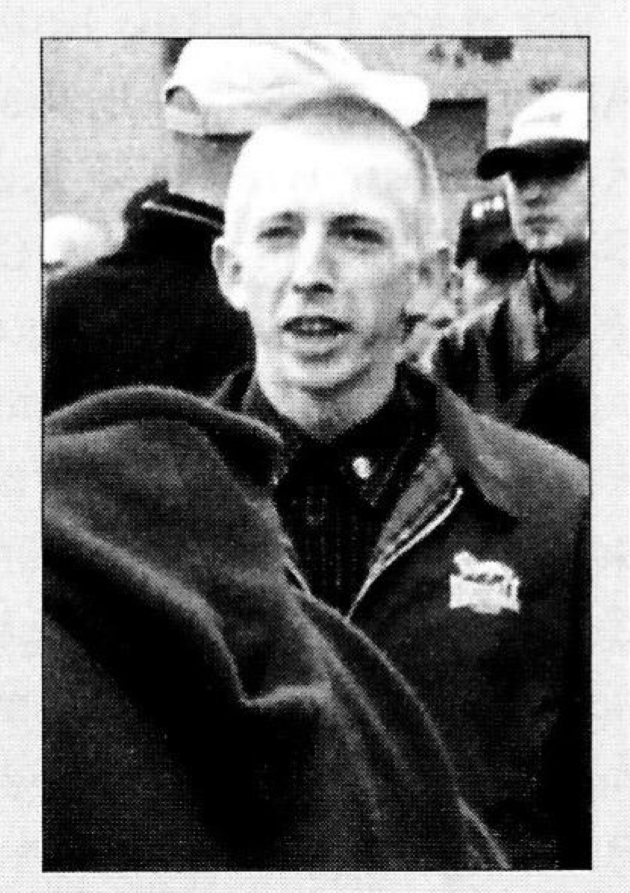
*Das neue Anwesen des Ehepaars Heise in Fretterode; im Bild oben Thorsten Heise*

Nicht nur der Rechtsextremismus-Experte Hajo Funke von der FU Berlin, warnt: „Die Politik hat zehn Jahre geschlafen. Das Immobilienkonzept ist seit langem Bestandteil der gefährlichen Strategie der Rechten, um so genannte „befreite Zonen" zu schaffen. Aber nichts wird dem entgegen gesetzt!"

### Schaumburger Neonazis auf der Flucht

In der Nacht vom 20. auf den 21.4.2001 überfielen und entführten vier Personen der rechten Szene einen vermeintlich linken Jugendlichen. Inzwischen sind die drei Haupttäter auf der Flucht. Bei diesen handelt es sich um den NPD Kreisvorsitzenden Sandy Ossenkopp, den Kameradschaftsführer Markus Winter und den Nazischläger Michael Schönbohm. Der Haftbefehl wurde erst nach einem Presseartikel der „Schaumburger Zeitung" erlassen. Die drei sind seit Jahren in der neonazistischen Szene aktiv. Winter war erst Ende 2001 aus der Haft entlassen, Schönbohm wurde wegen schwerer Körperverletzung verurteilt.

Der Übergriff, der im Anschluss an eine Schulungsveranstaltung der JN stattfand, ist nur die Spitze des Eisbergs neonazistischer Organisierung in der Region. Am diesjährigen Himmelfahrtstag kam es erneut zu Übergriffen. Am 1.6. diesen Jahres marschierten 48 Neonazis unter Führung von Christian Worch durch Rinteln. Der Bielefelder Nazikader Bernd Stehmann versuchte in seinem schwerfälligen Redebeitrag, die Täter zu Opfern zu stilisieren. Erst jetzt beginnen die bürgerlichen Parteien und Institutionen das Nazi-Problem ernst zunehmen. Wie ernst, bleibt abzuwarten.



*Sandy Ossenkopp*

# Erörterungsbedarf

## V-Leute und NPD-Verbotsverfahren

von Stephan Lindke




*NPD-Aufmarsch am 8.6.2002 in Leipzig*

Am 7. Mai diesen Jahres hat der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts einen „Erörterungstermin zur ‚V-Mann-Problematik'" für den diesjährigen 8. Oktober anberaumt. Obwohl dieser Termin in der Tagespresse als Fortsetzung des „NPD-Verbotsverfahrens" bezeichnet wurde, geht es ausschließlich um die Hintergründe der sogenannten „V-Mann-Affäre". Das Ergebnis wird verfahrensbestimmend sein, denn das BVerfG führte aus, dass es bedeutsam sei, ob das Gesamtbild der NPD „von Umständen geprägt wird, die ihr nicht zugerechnet werden können".

Um sich eine „gesicherte Tatsachengrundlage" zu schaffen, fordert das BVerfG die staatlichen Stellen verbindlich auf, umfangreiche Informationen über eine Zusammenarbeit mit den in den Verbotsanträgen angeführten Personen offen zulegen. Zudem erwartet das Gericht Informationen über jegliche Kontakte zu NPD-Führungskadern seit 1996. Eine Vorgabe, die insbesondere bei den Landesverfassungsschutzämtern auf Widerstand stößt, da diese die Enttarnung weiterer Quellen befürchten.

Zuversicht wird in den Aktivitäten der NPD deutlich. So bereitet sie sich auf die nun wieder mögliche Teilnahme an der Bundestagswahl im September 2002 vor.

Aktuell klagen die NPD-Anwälte um die Zahlung von 111.850,96 EUR aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Bundestagspräsident Thierse weigert sich, diese auszuzahlen, da erst eine Bankbürgschaft beizubringen sei, denn nach dem Parteiengesetz müsste die NPD diese Gelder bei einem Verbot zurückzahlen. Die Prozessbevollmächtigten klagen erneut über diese Verhinderungstaktik, denn „würde sich die Auszahlung [...] nur um ein oder zwei Monate verzögern, wäre der Partei die gebotene weitere Vorbereitung der Verteidigung im Verbotsverfahren nicht mehr möglich [und] der Wahlkampf der NPD für die Bundestagswahl müsste sofort eingestellt werden".

Wenngleich das NPD-Verbotsverfahren in den letzten Monaten in der öffentlichen Berichterstattung kaum noch präsent war, ist die Partei nach wie vor aktiv. So generiert sie sich im Windschatten des Streits um antisemitische Äußerungen des stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Möllemann und das neue Buch von Martin Walser in ihren gewohnt völkisch/nationalistischen und antisemitischen Argumentationsmustern. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt ergreift erwartungsgemäß Partei für Möllemann und führt aus, dass „Spiegel und Friedman [...] die Lobbyisten der organisierten Juden in Deutschland" seien und die „Herren des Zentralrates der Juden in Deutschland [auch] gleichzeitig [...] die Herren der ‚bundesdeutschen' Politik" seien.

Auch auf der Straße ist die NPD weiterhin präsent. Neben zahlreichen Demonstrationen (wie z.B. am 1. Mai diesen Jahres) ist nach wie vor die überarbeitete „Wehrmachtsausstellung" ein zentrales Thema.

### Rennicke-Konzert

Bei einem Konzert von Frank Rennicke (36) in der „Sportpark-Gaststätte" im bayerischen Vöhringen am 6. April diesen Jahres waren rund 120 Personen anwesend, darunter auch NPD-Mitglieder. Der Lokalzeitung versicherte der Pächter, er hätte „den Raum niemals zur Verfügung gestellt", wenn er im Vorfeld vom Charakter der Veranstaltung gewusst hätte. Eine Aushilfe habe kurzfristig angefragt, ob ein Raum für einen Liederabend frei sei. Ursprünglich hatte das Konzert im nahe gelegenen Senden stattfinden sollen.

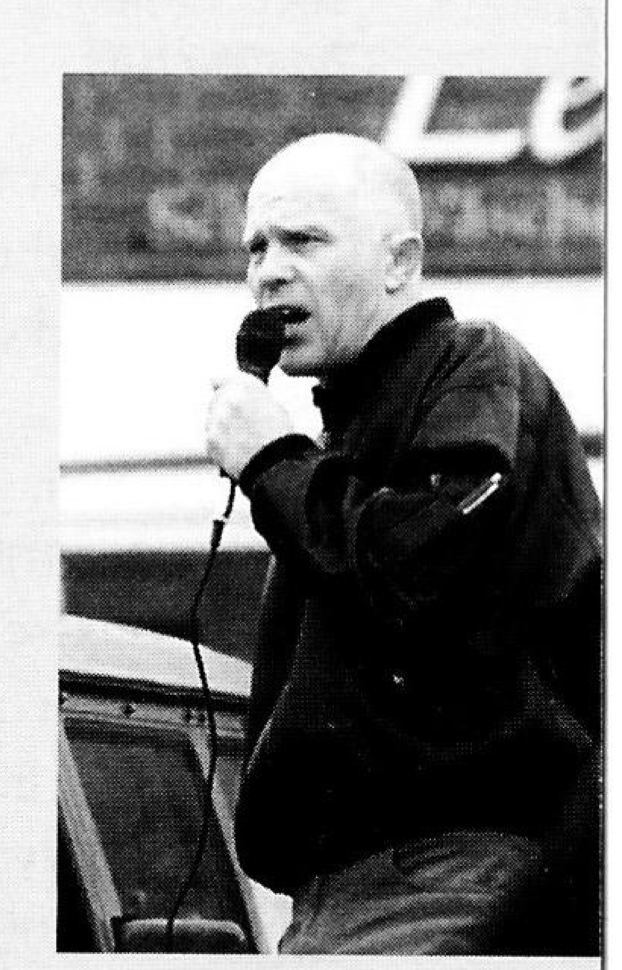
### Veranstaltung abgesagt

Eine für den 13. April geplante Veranstaltung mit Horst Mahler und dem Schweizer Revisionisten Bernhard Schaub ist kurzfristig abgesagt worden. Die Veranstaltung sollte im baden-württembergischen Straubenhardt/Schwann nahe Pforzheim statt finden. Der Wirt der Gaststätte „Waldhorn" erklärte gegenüber der „Pforzheimer Zeitung": „Bis jetzt habe ich darin mein Geschäft gesehen. Nach den Protesten mache ich das nicht mit." Zu der Veranstaltung eingeladen hatten neben dem „Freundeskreis 'Ein Herz für Deutschland'" die NPD, die JN-Abspaltung „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG), das „Bündnis Rechts" (BR), die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH), der „Freundeskreis Franz Schönhuber" und der „Süddeutsche Bund für Heimat und Leben". Nach Polizeiangaben waren rund 1.000 Einladungen verschickt worden. Im „Waldhorn" hatten im November 2000 Horst Mahler und Franz Schönhuber ihr gemeinsames Buch „Schluss mit dem Deutschen Selbsthass" vorgestellt.

### Hupka gegen NPD

Auf diversen Neonazi-Homepages kursiert ein Interview, das Schweizer Neonazis mit dem Ex-NPD-Kader Steffen Hupka geführt haben. Hupka stuft darin die NPD als „feindliche Organisation" ein und wirft die Frage auf, „inwieweit die NPD überhaupt jemals eine reale nationalistische Opposition war: Thadden arbeitete für den englischen Geheimdienst, Deckert duldete VS-Agenten im Vorstand und arbeitete mit ihnen zusammen – ebenso wie Voigt". Wichtig sei nun, „ein Netzwerk von Kaderstrukturen verbunden mit einer entsprechenden Logistik (z.B. Immobilien usw.) und Geldern" aufzubauen. In die Zukunft sieht Hupka hoffnungsvoll, da bald die „Unzufriedenheit des Volkes so groß" werde, dass „sie sich praktisch von selbst unter unsere Fahnen drängen".

### Wrieden verurteilt



*Jörg-Hendrik Wrieden*

Das Amtsgericht Blumenthal verurteilte den Bremer NPD-Landesvorsitzenden Jörg-Hendrik Wrieden im April diesen Jahres zu einer einjährigen Bewährungsstrafe. Wrieden wurde der Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen beschuldigt. Im Juli 2000 war vom Faxgerät des Bremer NPD-Chefs aus eine Presseerklärung der neonazistischen „Blood & Honour" - Sektion Ems an die Bremer „Tageszeitung" verschickt worden. Bei der anschließenden Hausdurchsuchung wurden bei ihm nationalsozialistische Symbole und Schriften gefunden. Außerdem seien nach Angaben der Staatsanwaltschaft Disketten mit „328 volksverhetzende Schmäh-Texten" sichergestellt worden.

# Anteil rechter Gewalt verschwiegen

**Im Verfassungsschutzbericht 2001 des Bundes ist die Verteilung von „Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund" auf die Bundesländer angegeben. Für Nordrhein-Westfalen nennt diese Statistik 48 Gewalttaten, für Sachsen-Anhalt 45, für Berlin 21, für Mecklenburg-Vorpommern keine.**

von Ulla Jelpke

Die Verfassungsschutzberichte der Länder dagegen nennen für 2001 deutlich höhere Zahlen: NRW nennt 123 Gewaltdelikte im „Phänomenbereich politisch motivierte Kriminalität – rechts". Sachsen-Anhalt erfasst 55 rechtsextremistische Gewalttaten. Berlin führt 35 rechte Gewaltdelikte an. Mecklenburg-Vorpommern zählt 40 solche Gewaltdelikte. Insgesamt werden also allein bei diesen vier Bundesländern 139 rechtsextreme Gewalttaten - das ist mehr als die Hälfte der in den Berichten der Landesämter genannten rechten Gewaltdelikte - in der Bundesstatistik nicht genannt.

Dabei sollte die 2001 reformierte Zählweise rechtsextremer Straf- und Gewalttaten - erfasst wird nicht mehr nach dem engen „Extremismus"-Begriff, sondern nach dem weitergehenden Begriff „politisch motivierte Kriminalität – rechts" – ein realitätsgetreueres Abbild rechtsextremer Straftaten ergeben und zuverlässige Statistiken liefern. Doch die Statistiken bleiben falsch.

Zu diesem Ergebnis kommt auch die Studie „Rechtsextremistische Straftaten – ein Schattenbericht", die die PDS-Bundestagsfraktion am 14. Mai 2002 vorgelegt hat. Die Studie dokumentiert, dass die Umstellung der Zählweise keine Verbesserung bedeutet. Im Gegenteil: Das Chaos in der Statistik und die Ignoranz der Behörden sind noch größer geworden. Selbst in abgeschlossenen Gerichtsverfahren festgestellte rechte Gewalttaten werden in der amtlichen Statistik ignoriert. Hinzu kommt: Die polizeiliche Kriminalstatistik meldet andere Zahlen als der Verfassungsschutz, der Bund andere als die Länder, die Zahlen der Länder selbst differieren in teilweise groteskem Maß. Noch immer gilt anscheinend bei vielen Polizeibehörden die Devise, nicht die Opfer rechter Gewalt zu schützen, sondern den „guten Ruf" ihrer Gemeinde, ihrer Stadt, ihres Landes.

Polizei und Verfassungsschutz scheinen strukturell unfähig und unwillig, rechte Gewalt angemessen zu erfassen. Wir brauchen eine unabhängige Beobachtungsstelle gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, wie sie die EU schon lange hat.

*Die Studie ist beziehbar über:*
*Ulla Jelpke, MdB; Platz der Republik 1, 11011 Berlin, fon (030) 227-75815, fax 227-76793, mail: ulla.jelpke@bundestag.de.*

### Hausdurchsuchung bei REP

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat kurz vor Pfingsten diesen Jahres die Landesgeschäftsstelle der „Republikaner" in der Landeshauptstadt durchsuchen lassen.Gleichzeitig gab es Hausdurchsuchungen in mehreren Wohnungen in Baden-Württemberg. Mittlerweile wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Betrug und Untreue zu Lasten des REP-Landesverbandes gegen den des Amtes enthobenen Landesvorsitzenden Christian Käs, den früheren Ulmer Landesschatzmeister Nikolaus Holzner sowie das Ehepaar Veronika und Rüdiger Helfer aus Au am Rhein angestrengt. Rüdiger Helfer war stellvertretender REP-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg.Grund für das Verfahren ist eine Anzeige wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten im REP-Landesverband vom Februar diesen Jahres.

*Christian Käs*

### Gleich gesinnte

Der rechtsextreme Politikwissenschaftler Hans-Helmuth Knütter hat der „Burschenschaft Danubia" (gegründet am 7. Februar 1848) in einem „Gutachten" Verfassungskonformität bescheinigt. Zuvor hatte der bayrische Innenminister Beckstein am 14. Juni 2001 darüber informiert, dass die „Danuben" Rechtsextremen, darunter Horst Mahler und Alain de Benoist, auf Vortragsabenden ein Forum geboten haben. Als Folge wurde die Aktivitas der „Danubia" als verfassungsfeindlich eingestuft. Vorgestellt wurde das Knütter-Gutachten bei einer Pressekonferenz der „Danuben" am 14. Mai 2002. Knütter diffamiert in seinem Gutachten, das „zum Widerstehen ermutigen" soll, Verfassungsschutzberichte als „Propagandaäußerungen im Interesse der jeweiligen parteipolitischen Konstellation im Bund oder in den Ländern." Seitenweise lamentiert Knütter über „den Antifaschismus", der sich als ein „sehr wirksames Instrument der Kommunisten und ihres Umfeldes erwiesen" habe, „die Bundesrepublik politisch und moralisch zu entlegitimieren." Die „Danubia" charakterisiert Knütter als „rechts" und das sei „legal und legitim". Zu „beanstanden bleiben allenfalls einige Verhaltensweisen, die mehr im zwischenmenschlichen Umgang liegen", wie die „unfreundliche Behandlung eines farbigen Korpsstudenten". Die „Danuben" fordert Knütter am Ende seines 30-seitigen Gutachtens auf, „den politischen Kampf ohne Richtungänderung fortzusetzen". Denn: „„Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren." (Bertolt Brecht)

### Militärischer Revisionismus

In der aktuellen Ausgabe der „Deutschen Militärzeitschrift" (DMZ; Bad Soden-Salmünster) wird die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944" heftig attackiert. Deren Ziel sei es, „die Wehrmacht wegen ihres Verhaltens im Russlandfeldzug als eine verbrecherische Organisation zu stigmatisieren." Geleugnet wird weiterhin, dass 3,3 Millionen sowjetische Gefangene in deutscher Gefangenschaft umgekommen sind. „Lediglich" 1,78 Millionen Sowjetsoldaten seien vermisst, bzw. in deutscher Kriegsgefangenschaft umgekommen. Schuld daran sei auch nicht die mangelnde Versorgung der Gefangenen durch die Deutschen gewesen: „Die Rotarmisten waren nach den großen Kesselschlachten vielfach bereits erschöpft und unterernährt, als sie in deutsche Gefangenschaft gerieten." Fazit: „Der objektive Nachweis, dass die Wehrmacht eine verbrecherische Organisation war, ist [..] auch im zweiten Anlauf nicht gelungen." Autor des Artikels ist der freie Historiker Walter Post (Jg. 1954), der zeitweilig Lehrbeauftragter für das Fach Internationale Politik an der Universität München war. Post hat in den letzten Jahren bei zahlreichen rechtsextremen Organisationen und Vereinen referiert, darunter HIAG Stuttgart, „Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Trakehnen", „Arbeitskreis für deutsche Politik" und „Kulturwerk Kärnten".

# Ungarn nach den Wahlen

**Trotz eines relativen Wirtschaftsaufschwunges und einer fast bis zum Ende der Wahlkampagne lahmen Opposition hat die vom jungen Ministerpräsidenten Viktor Orbán angeführte FIDESZ, die Mitglied im Verband der europäischen Volksparteien ist, die Wahlen am 7. und 21. April diesen Jahres verloren.**

von Karl Pfeifer

Orbán und FIDESZ, die im Wahlkampf von Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber unterstützt wurden, haben auf Polarisierung der ungarischen Gesellschaft gesetzt und glaubten, mit Massenversammlungen und Mobilisierung des rechten Randes die Mehrheit zu erreichen. Es gelang ihnen die rechte Kleinlandwirtpartei zu zerschlagen und die meisten potenziellen Wähler der vom Antisemiten István Csurka angeführten MIÉP für sich zu gewinnen. Allerdings verlor Orbán durch diese Politik auch seine möglichen Partner.

FIDESZ glaubte einige Elemente der politischen Kultur aus der Horthyperiode der Zwischenkriegszeit übernehmen zu müssen, den Kult der Stephanskrone, die nationalistische Agitation und einen vorgeblichen Antikapitalismus. All dies ging einher mit radikaler antikommunistischer Rhetorik. Doch in einem Land wie Ungarn, in dem das Kadarregime auch eine Massenbasis hatte, musste FIDESZ zwischen guten ehemaligen Kommunisten, die sich zu Anhängern des „nationalen Lagers" gemausert hatten und zwischen bösen Kommunisten, die zu Sozialdemokraten wurden, unterscheiden.

Knapp vor den Wahlen wurde in Budapest – entsprechend der ungarischen Aktualisierung der Totalitarismus-Theorie, die ein Gleichheitszeichen zwischen Kommunismus und Pfeilkreuzlertum setzt – das Museum „Haus des Terrors" eröffnet. In diesem Haus, in dem bis zur Befreiung Budapests durch die Rote Armee die Pfeilkreuzler ihr Unwesen trieben, befand sich nach der Befreiung der Sitz der politischen Polizei, deren Aufgabe es war Kriegsverbrecher zu finden. Seit Jahren werden diese rehabilitiert, und so wird im Museum kein Unterschied gemacht zwischen der Zeit unmittelbar nach dem Krieg, als die politische Polizei Kriegsverbrecher dingfest machte, und der Zeit nach der Errichtung der „Volksdemokratie", als die AVO den „Klassenfeind" verfolgte.

Die offizielle Gedenkpolitik wollte auch vergessen machen, dass unter anderem bereits vor der Machtergreifung der Pfeilkreuzler am 15. Oktober 1944 Hunderttausende jüdische Ungarn mit Zustimmung von Horthy deportiert wurden. Die ungarische königliche Gendarmerie, die pauschal rehabilitiert wurde, hat diese Ungarn mit einer beispiellosen Brutalität in die Waggons nach Auschwitz-Birkenau gepfercht. Doch weil Orbán und seine FIDESZ direkten Anschluss an die Symbole und die politische Kultur des Horthyregimes gesucht und gefunden haben, werden diese Tatsachen im Museum konsequent verschwiegen.

*Homepage der MIÉP*

Die ungarischen Amtshistoriker rechtfertigen Ungarns Rolle als letzten Satellit der Nazis mit dem Argument, Ungarn habe nur gegen die Sowjetunion zur „Verteidigung des westlichen Christentums" seinen Kampf geführt. Als ob Ungarn als treuer Verbündeter Hitlers nicht auch den Alliierten den Krieg erklärt hätte. Der Marxismus wird als eine nichtungarische, jüdische Angelegenheit geschildert. Das Kadarregime, das sich offiziell zum Marxismus bekannte, konnte sich aber in seiner Blütezeit während der sechziger und siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts auf einen breiten nationalen Konsens stützen und mancher rechte Journalist und Politiker war damals eifernder „Marxist". Doch die Ungarn seien – so meinen FIDESZ-Politiker heute – lediglich Opfer und hätten mit der eigenen Geschichte nichts zu tun. Die Deutschen, Russen und ihre ungarischen Vasallen sind an allen Katastrophen schuld, und es wird auch suggeriert, der Kommunismus in Ungarn wäre die Rache der Juden für den Holocaust gewesen.

Orbán hat es nicht versäumt, ganz wie seine rechtskonservativen Verbündeten, die Beneš-Dekrete zu thematisieren. Doch das genügte nicht. Es verging vor den Wahlen kein Tag, ohne dass nicht irgendwelche rechten Politiker das „Unrecht von Trianon" beklagten, also den 1920 von Horthys Außenminister unterzeichneten Friedensvertrag, der Ungarn zwang auf zwei Drittel seiner Gebiete zugunsten der Nachbarländer zu verzichten, womit nahezu ein Drittel der ungarischen Bevölkerung Staatsbürger der Nachbarländer wurde. Kein Wort verloren sie über Horthys Bündnis mit Hitlerdeutschland, über Ungarns Beteiligung an der Zerstückelung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens und den Aggressionskrieg gegen die Sowjetunion. Orbán hat den Erfolg der FPÖ bei den Wahlen 1999 begrüßt, denn damit „wurde ein Stein in das stehende Gewässer geworfen". Er hoffte aber selbst, ohne einen lästigen und international nicht angesehenen Partner wie MIÉP regieren zu können. Um dies erreichen zu können, versuchte er den Rechtsextremen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Er überließ ihnen einige öffentlich-rechtliche Medien, so das „Sonntagsjournal" des Kossuth-Radios, das wegen antisemitischer und rassistischer Texte von der Medienaufsicht mehrfach gerügt wurde.

In diesem seinem Lieblingsprogramm erklärte Orbán salbungsvoll Ende Januar: „Wenn es uns gelingt die Ungarn außerhalb unserer Grenzen mit den ungarischen Ungarn zu verbinden, den wirtschaftlichen Lebensraum dieser Ungarn mit dem Lebensraum der ungarischen Wirtschaft, dann wird Ungarn zu einer viel größerer Leistung fähig sein wie jetzt." [sic!]

Das Wort Lebensraum hat auch in der ungarischen Sprache einen schlechten Klang, weil es eines der Lieblings–schlagwörter der Pfeilkreuzler war. Bürger der Nachbarländer (aber keine Österreicher) die als Ungarn anerkannt werden, erhalten einen „Ungarnausweis", der verschiedene soziale Leistungen in Ungarn garantiert und vor allem jährlich eine dreimonatige Arbeitsbewilligung beinhaltet. Das handfeste Interesse gewisser Unternehmer, die niedrigen Löhne noch mehr zu drücken, wird hinter nationalem Pathos versteckt.

Auf eine Frage der „Süddeutschen Zeitung" zur Person von István Csurka antwortete Orbán: „Es ist Teil der ungarischen Polit-Folklore, dass die Linke jeden Nichtlinken zum Antisemiten erklärt". Anfang Mai diesen Jahres hielt er bei einer Massenversammlung in Budapest eine Rede, in der er mit dem Antisemitismus spielte, als er seine jungen Anhänger warnte, dass wenn sie sich nun, da die Linken in der Regierung sind, zu Wort melden würden, „diejenigen, die sich nicht auf ihren geistigen Schienen fortbewegen, sie mit dem Mittel der öffentlichen Beschämung als Nationalisten, Antisemiten, Faschisten abstempeln werden".

Orbán und FIDESZ haben während der Wahlkampagne einen aggressiven Stil gebraucht und versucht, die ländlichen Gebiete gegen die Hauptstadt auszuspielen. Sie haben ihre Anhänger aufgefordert die Kokarde mit den Nationalfarben zu tragen und versucht, den linken Teil der Gesellschaft als vaterlandslos abzustempeln. Orbán hat wie der sprichwörtliche Zauberlehrling den rechtsextremen Geist aus der Flasche gelassen. Es ist fraglich, ob er die Fähigkeit hat bzw. ob er überhaupt den Willen aufbringt, diesen Geist wieder in die Flasche zu bekommen. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass er und seine Partei weiterhin nicht auf einen aggressiven, den rechten Rand charakterisierenden Stil verzichten werden.

Die neue Koalition, bestehend aus einer großen sozialdemokratischen MSZP und einer viel kleineren liberalen SZDSZ, erhielt die Möglichkeit, in den kommenden vier Jahren den zweifellos starken rechtsextremen Trend in der ungarischen Gesellschaft zurückzudrängen.

# „Keine Debatte möglich"

## Präsidentschaftswahlen in Frankreich

**Die Welt stand Kopf. Nach dem ersten Wahlgang am 21. April diesen Jahres kam es nicht wie erwartet zu einer Stichwahl zwischen dem amtierenden Staatspräsidenten Jacques Chirac und dem seinerzeitigen Premierminister Lionel Jospin oder – wie in den Monaten zuvor immer wieder vermutet – dem ehemaligen Innenminister Jean-Pierre Chevènement, sondern der Neofaschist Jean-Marie Le Pen machte das Rennen als Zweitplatzierter.**

Von Marcel Galand

Während Chirac im ersten Wahlgang 19,88 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, erzielte Le Pen 16,86 Prozent. Sofort war in der europäischen und insbesondere der deutschen Öffentlichkeit von einem Rechtsruck die Rede. Trotz der politischen Gefahr, die von dieser Entwicklung für Frankreich ausgeht, war man sich hingegen in Frankreich einig, dass dieser Rechtsruck stärker von außen herbeigeschrieben wurde, als dass er tatsächlich auch gesellschaftlich zu attestieren gewesen wäre. Denn die Erfolge von Le Pen im ersten Wahlgang gehen in erster Linie auf die niedrige Wahlbeteiligung zurück (71,6 Prozent) und darauf, dass es Le Pen im Gegensatz zu den anderen Kandidat(inn)en erfolgreicher gelungen ist, seine Stammwähler zu mobilisieren.

Im Vergleich der Wahlergebnisse von 1995 und 2002 erzielte Le Pen bei verhältnismäßiger Berücksichtigung von Wahlbeteiligung und Wahlberechtigten auch lediglich einen minimalen Zuwachs: „Le Pen hat von 11,8 Prozent der Wahlberechtigten auf 12,1 Prozent zugelegt. Das ist keine Flutwelle", analysiert Emmanuel Todd vom Pariser „Institut National des Etudes Démographiques" (INED). In absolute Zahlen betrug der Zuwachs von Le Pen im ersten Wahlgang 900.000 Stimmen. Auch wenn das Wähler(innen)profil von Le Pen sehr heterogen ist, lassen sich dennoch gemeinsame Tendenzen ausmachen: der Zuspruch für Le Pen kam tendenziell eher aus den Gebieten östlich einer gedachten Linie von Le Havre über Valence nach Perpignan; es gaben deutlich mehr Männer ihre Stimme für ihn ab als Frauen; das Bildungs- und Wissensniveau seiner Klientel ist gering, ebenso ihr Einkommen.

*Antifaschistischer Aufkleber: „Die Bestie lebt"*

Der überraschende Erfolg Le Pens ließ einen Ruck durch das Land gehen und mobilisierte zahlreiche Parteien und Organisationen zum gemeinsamen Vorgehen gegen den neofaschistischen Kandidaten. Selbst der amtierende Staatspräsident Chirac verweigerte Le Pen die übliche Anerkennung als adäquaten politischen Gegner: Das traditionelle Fernsehduell im Vorfeld des zweiten Wahlgangs wurde abgesagt. Mit Intoleranz und Hass sei „keine Debatte möglich", so seine Begründung. Chirac erinnerte an die republikanischen Traditionen Frankreichs und erklärte, dass es nun darum gehe, die Republik zu verteidigen: „Die Werte unserer Republik sind in Gefahr. Zur Debatte steht die Vorstellung, die wir uns vom Menschen machen, von seinen Rechten, von seiner Würde."

Infolge des ersten Wahlgangs zerfiel die Stimmung in Frankreich in zwei deutlich voneinander getrennte Gruppen – eindeutig für oder eindeutig gegen Le Pen lautete die Devise. Hunderttausende gingen gegen den völkischen Kandidaten und zugunsten der Werte der Republik auf die Straßen. Im zweiten Wahlgang stieg dann die Wahlbeteiligung auf fast 80 Prozent und Le Pen erhielt sogar weniger Stimmen als im Vorfeld noch prognostiziert: Mit 82,21 Prozent wurde Jacques Chirac in seinem Amt bestätigt – und eine lange nicht mehr in diesem Ausmaß da gewesene Massenbewegung hatte mit dazu beigetragen, den Erfolg des Neofaschisten zu verhindern.

# Untergegangener Polder



## Wahlen in den Niederlanden

**In den Niederlanden hat eine Koalition aus konservativen und rechtspopulistischen Parteien die Parlamentswahlen gewinnen können. Die Parteien der bisher regierenden Mitte-links-Koalition verzeichneten haushohe Verluste. Gekennzeichnet waren die Wahlen durch das Auftreten des und den Mord am Rechtspopulisten Pim Fortuyn.**

von Jonas Andora

Die christdemokratische CDA erhielt bei den Abgeordnetenwahlen am 15. Mai diesen Jahres 28 Prozent der Stimmen und wird damit voraussichtlich den nächsten niederländischen Premier stellen. Die Rechtsliberalen konnten 16 Prozent für sich verzeichnen. Der größte Gewinner war jedoch die erstmals antretende „Lijst Pim Fortuyn" (LPF) mit 17 Prozent der abgegebenen Stimmen, die damit zweitstärkste Partei wurde. Nach achtjähriger Regierungszeit durch eine Mitte-links-Koalition stehen den Niederlanden nun einschneidende politische Änderungen bevor: In den Koalitionsverhandlungen zeichnen sich eine Verschärfung der Einwanderungs- und Sicherheitspolitik und ein Abbau der Gesundheitsfürsorge und des Sozialsystems ab. Das so genannte Polder-Modell, bei dem sich die niederländischen Parteien verpflichtet hatten, politische Kernfragen durch Konsensschaffung zu lösen, gilt als gescheitert.

Dabei galt die bisherige Regierungskoalition in Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen als kompetent. Doch zurückgeführt wird der politische Epochenwandel auf das Auftreten der LPF und ihres charismatischen Parteichefs. Pim Fortuyn faszinierte im Vorfeld der Wahl durch seine schillernde Persönlichkeit. Außerdem galt er als Vorkämpfer einer harten Immigrationspolitik, wobei ihm z.T. viel radikalere Positionen zugeschrieben wurden, als er sie selbst vertrat. Er forderte die Schließung der niederländischen Grenzen für neue MigrantInnen, da die Niederlande erst einmal für die Integration der bereits eingewanderten sorgen müssten. Zurzeit des Mordes an Fortuyn, neun Tage vor den Parlamentswahlen, lag die LPF bei Umfragen an erster Stelle. 12 Prozent der Stimmberechtigten gaben nach den Wahlen an, unter dem Eindruck des Mordes ihre Stimme anders als geplant vergeben zu haben.

Über den Täter, einen Tierschutzaktivisten, wird spekuliert, dass sein Motiv in Fortuyns Eintreten für eine Rücknahme der Beschränkungen für Pelztierhaltung und Jagd zu finden sei. Nach der Ermordung Fortuyns wurden landesweit Trauerkundgebungen abgehalten. Personen, die Fortuyns Positionen angegriffen und ihn öffentlich kritisiert hatten, wurden teilweise als mitschuldig an dessen Ermordung beschimpft.

Durch den Verlust ihres Gründers und Namensgebers könnte sich die LPF nun aber als äußerst instabiler Partner in einer Regierungskoalition erweisen, denn sie verfügt weder über Führungspersönlichkeiten, noch über ein stringentes Parteiprogramm. Daher hofften einige NiederländerInnen am Tag nach der Parlamentswahl schon wieder auf baldige Neuwahlen.

# Völkische Allianz

**Am 17. April diesen Jahres fand im staatlich geförderten Wiener Revanchistenzentrum „Haus der Heimat" ein Abend unter dem Titel „Von Benes zu Sharon. Sudetendeutsche und Palästinenser - Entrechtet und vertrieben" statt. Eingeladen hatte „SOS Heimat", eine Anfang 2001 gegründete Gruppe aus dem Umfeld der rechtsextremen „Österreichischen Landsmannschaft" (ÖLM) und der FPÖ-nahen Wochenzeitung „Zur Zeit".**

Von Heribert Schiedel

Am Podium diskutierten unter anderem der vormalige Wiener FPÖ-Politiker Gerhard Zeihsel (Obmann der „Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich") und Georg Nicola (Vizepräsident der „Palästinensischen Gemeinde in Wien"). Letzterer empörte sich über das Schweigen des „Christentums" angesichts der israelischen Belagerung der „Geburtskirche" in Bethlehem. Wenn „irgendwo" eine Synagoge Ziel eines Anschlages wird, sei demgegenüber „die ganze Welt" in Aufregung. Da drängt sich Nicola der Verdacht auf, dass der „zionistische Machtapparat in der Welt schon so weit (ist), dass sie alles beherrschen".

Ein Zuhörer gab sich als „alter Nazi" zu erkennen und unterschied die israelischen Juden und Jüdinnen von den „Beikeles-Juden, die wir kennen". Ein anderer meinte unterm Gejohle des Publikums, er begrüße die Existenz Israels, denn, „wenn die Herrschaften nicht in Tel Aviv wohnen, wohnen sie in Wien-Leopoldstadt".

Beworben wurde die Veranstaltung im ÖLM-Organ „Eckartboten". Dort hieß es: „Das Leid und der Überlebenskampf der Palästinenser erinnern in gewisser Weise an das Schicksal der Sudetendeutschen. Beide Volksgruppen wurden vertrieben, beiden wird das Recht auf die Heimat vorenthalten. [...] Die brutalen und blutigen Übergriffe der israelischen Armee gegen die Zivilbevölkerung Palästinas grenze bereits an ethnische Säuberungen und Völkermord, sagen die Palästinenser. Manche meinen, Israels Militärs gingen in Palästina ähnlich vor wie SS-Hilfstruppen im Osten."

Die Parteinahme österreichischer Rechtsextremer für den arabischen Nationalismus und den politischen Islam tritt seit einiger Zeit deutlich zu Tage: Schon am 21. Mai vergangenen

Jahres lud „SOS Heimat“ zu einer Podiumsdiskussion über die „irakische Tragödie“ in das „Haus der Heimat“. Daneben sind es vor allem die rechtsextremen „Wiener Nachrichten Online“ (WNO), die sich für die antizionistische Sache stark machen.

Im Dezember 2001 fand sich auf der WNO-Homepage ein Aufruf zu einer vom pro-iranischen „Internationalen Palästinakomitee“ organisierten Demonstration „Gegen Terrorismus und Krieg. Frieden für Afghanistan und Palästina“. Dieser Aufruf gipfelt in der Forderung: „Palästina den Palästinensern!“ Auch auf den Rassismus in Österreich wurde positiv Bezug genommen: „Wie in Österreich müssen auch (in Palästina; Anm. d. Verf.) die Einheimischen entscheiden, wer von den Zuwanderern und Eindringlingen in ihrem Land bleiben darf und wer es verlassen und dorthin zurückkehren muss, woher er gekommen ist.“ Über den Charakter dieser Manifestation gibt auch das dort mitgetragene Leittransparent Auskunft: „Ziel der zionistischen Politik? Weltherrschaft!“ Die nationalbolschewistische „Antiimperialistischen Koordination“ konnte im Aufruf und in der Demo nichts Problematisches entdecken. Zwar unterstützten die AntiimperialistInnen die Demo nicht offiziell, sie verteidigten diese aber gegenüber antifaschistischer Kritik.

Über den rechtsextremen Hintergrund dieser Demo gab die für etwaige Nachfragen angegebene eMail-Adresse Auskunft, lautet sie doch auf den Namen „juliusevola“. Hinter dieser Adresse verbirgt sich der Wiener Rechtsextremist Robert Schwarzbauer alias Martin Schwarz. Dieser auf völkische Esoterik spezialisierte Vielschreiber (unter anderem in „Deutsche Stimme“, „Signal“, „Opposition“) nähert sich seit einiger Zeit dem Islam an. So verfasste er einen Artikel, in welchem er Position gegen „national gesinnte Deutsche“ bezieht. Diese würden fälschlicherweise gegen den Islam und die Etablierung von Moscheen auftreten. Zwar teilt er grundsätzlich die Sicht auf „Ausländer“ als „Bedrohung“, sieht jedoch im Islam eine Möglichkeit, diese geringer zu halten. So bezeichnet es Schwarz(bauer) als „wünschenswert, die entwurzelten muslimischen Einwanderer würden zu den Geboten ihrer Religion finden.“ Er wendet sich gegen die „Ausländerintegration, die die Ausländer dem hier herrschenden babylonischen Sittenverfall angleicht.“ Und genau diesen „Sittenverfall der Deutschen“ gelte es zu bekämpfen. Beim Kampf gegen die moderne Zivilisation – vor allem geführt als Kampf gegen die „vernuttete oder vermännlichte Frau in der Null- oder Einkindfamilie“ und für die „traditionellen Familien“ – ist der Islam für Schwarz(bauer) ein Bündnispartner. Dies gilt auch und



*Aufmarsch gegen die „Wehrmachtsausstellung“ auf dem Wiener Heldenplatz am 13. April 2002*

gerade in geostrategischer Hinsicht: „Würden die Nationalen nur ein bisschen über ihren Tellerrand hinausblicken, so könnten sie sehen, dass die muslimischen Staaten in einem Kampf auf Leben und Tod mit den Herren der Neuen Weltordnung verwickelt sind, die sittlichen Grundlagen ihrer Länder von der Überflutung mit westlich-amerikanischem Schund gefährdet sind, ihre Ökonomie durch den US-Imperialismus des IWF und der Weltbank angegriffen wird, ihre heiligen Stätten von den Zionisten besetzt und geschändet werden. Auch Nationale erkennen dies, wenn sie als politisch Verfolgte Zuflucht in arabischen Staaten oder in Persien suchen.“ Abschließend postuliert Schwarz(bauer) „eine weltweite Intifada gegen die Neue Weltordnung“ und verlangt von den „Deutschen“, dass sie sich „auf die Seite des Kampfes gegen die Neue Weltordnung stellen, gemeinsam mit der Welt des Islam und vor allem der Islamischen Republik als zur Zeit einzigen ‚befreiten Zone‘ dieses Erdenballes!“

Vor der Neonazi-Demo gegen die „Wehrmachtsausstellung“ in Wien (13. April 2002) platzierte Schwarz(bauer) unter dem Titel „Wehrmacht und Intifada“ einen weiteren Aufruf. In diesem verband er den Kampf gegen Israel mit dem gegen die „Wehrmachtsausstellung“. Nach einer Auflistung von angeblichen Kriegsverbrechen der „zionistische(n) Armee“ schreibt er: „Die Kriminalisierung der gesamten deutschen und österreichischen Kriegsgeneration ist offenbar nicht nur Zeichen dafür, dass mit zwei Maßstäben gemessen wird – Massenmorde an Juden und Massenmorde von Juden [...] Die Kriminalisierung der Vergangenheit, wie sie mit der Ausstellung ‚Verbrechen der Wehrmacht‘ begannen (sic!) wird, dient vor allem dazu, die ‚Verbrechen der israelischen Armee‘ zu legitimieren oder zumindest von ihnen abzulenken. Der Kampf um die Befreiung Palästinas und die (sic!) Kampf um die Würde der österreichischen und deutschen Bevölkerung ist ein Kampf.“ Enden lässt Schwarz(bauer) seinen Aufruf mit den Parolen: „Gegen die Kriegsverbrecher von heute! Gegen die Geschichtslügner von heute! Unterstützt die Intifada! Verteidigt die Kriegsgeneration!“

**50 Jahre DNZ**

Pünktlich zum Jubiläum im letzten Jahr eröffnete die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) eine lose Artikelreihe zu ihrer Geschichte. „Dass eine deutsche Wochenzeitung den 50. Jahrestag ihres Bestehens begehen kann, ist selten. Für ein rechtes Organ ist es einzigartig“, beweihräucherte sie sich selbst. Im April diesen Jahres versucht DNZ-Herausgeber Gerhard Frey in einem Rundschreiben erneut, dem stetigen Abo-Verlust mit pathetischen Phrasen entgegenzuwirken („Fels in der Brandung der antideutschen Medienwelt“). Zu den Gründern der am 22. Mai 1951 erstmals unter dem Titel „Deutsche Soldaten-Zeitung“ (DSZ) erschienen Monatsschrift gehörten u.a. Paul Steiner (General der Waffen-SS), Helmut Damerau (Landrat und NSDAP-Kreisleiter in Preußisch Holland), Joachim Ruoff (Oberst der Waffen-SS). Seit 1960 gehört die Zeitschrift zu Freys 1958 gegründetem DSZ-Verlag, der sie 1961 in „Deutsche Soldaten-Zeitung und National-Zeitung“ umbenennt. 1962 wird das Blatt in eine Wochenzeitung umgewandelt und ein Jahr später in „Deutsche National-Zeitung“ umgetauft. Zu den Freunden der DNZ gehörte auch der verstorbene Grundgesetzkommentator Theodor Maunz. Die anerkannte juristische Kapazität half Frey bei „juristischen Angriffen“.

**FPÖ-Bürgerwehr**

Seit dem 13. Mai patrouilliert durch die österreichische Stadt Graz die Bürgerwehr „Bürger für Schutz und Sicherheit“. Initiiert und finanziert wird die Bürger–wehr von der FPÖ. Die FPÖ ist die erste Partei, die damit nach 1945 wieder eine Bürgerwehr gründete. Vorsitzender der mit Mobiltelefonen und Kameras ausgerüsteten, dreißig Mann starken Truppe ist der Grazer FPÖ-Stadtrat, Alter Herr des akad. Corps „Teutonia Graz“ und Oberst des Bundesheeres, Helge Endres. Endres ist auch Dauerautor in der Monatszeitschrift „Aula“ und gehört der Landesleitung der Landesgruppe Steiermark der „Kameradschaft IV“, einer Veteranenorganisation ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS, an. Die „Kameradschaft IV“ nimmt auch nach 1945 Geborene in ihre Reihen auf. Haiders Ex-Anwalt und jetziger österreichischer Justizminister Dieter Böhmdorfer (FPÖ) beurteilt die obskure Bürgerwehr als „positiv“.

# Eisbecher & Judenhass

## Ein Reisebericht

**Bereits bei der Einreise in den Libanon und nach Syrien zeigte es sich deutlich: Antisemitismus gehört dort offenbar zum Alltag. Denn bereits vor offiziellem Betreten beider Länder wird man auf mögliche Verbindungen zu dem – mit antijüdischen und antisemitischen Ressentiments verknüpften – Staat Israel durchleuchtet. Denn Israel gilt als Inbegriff der Feindschaft und wird als Staat der Juden abgelehnt.**

von Steffen Hagemann

Allein schon ein Hinweis auf die Existenz Israels als solches, beispielsweise durch einen israelischen Stempel im Reisepass, führt zum Einreiseverbot. Für mich und meine Bekannte als Europäer, die aus Israel einreisen wollten, bedeutete das: Wir brauchten einen Zweitpass und mussten über Jordanien per Flugzeug in den Libanon einreisen, da es aus Israel keine direkte Einreisemöglichkeit gibt.

Gelingt es, keinen positiven Bezug zu Israel erkennen zu lassen, wird man als Europäer im Libanon wie auch in Syrien außerordentlich herzlich willkommen geheißen. Das ist nicht nur Ausdruck arabischer Gastfreundschaft, sondern vor allem auch Reflex auf die ganz realistisch eingeschätzte Position Europas: tendenziell freundlich gegenüber den arabischen Staaten, sich vorsichtig abgrenzend gegen die USA. Und da man weiß, dass Israel ein stärkeres, gar militärisches Eingreifen der Europäer ablehnt, bedeutet ein größerer europäischer Einfluss einen Erfolg für die palästinensische Strategie der Internationalisierung des Konflikts.

Doch sobald man nicht nur als Europäer auffällt, sondern sogar als Deutscher erkannt wird, erreicht die Freude ungeahnte Höhen. Die deutsch-arabische Freundschaft wird beschworen – einig im Feindbild (die Juden) und im Vorbild (Hitler): „Deutschland: sehr gut, sehr gut. Ihr erinnert euch an Hitler: Er hat viele Juden getötet. Sehr gut. Sehr gut", waren Formulierungen, die wir nicht nur einmal zu hören bekamen.

Der beherrschende Narrativ im palästinensischen und arabischen Diskurs verweist auf in der Vergangenheit erlittenes Unrecht und sieht sich als leidend. Dieses Unrecht wird nicht Israel oder einer Ideologie zugeschrieben, sondern „den Juden". Antijüdische Potenziale des Islam werden im aktuellen Konflikt aktiviert, verbinden sich mit antisemitischen Bildern und verselbstständigen sich. So wird das „jüdische Kapital" hinter dem zionistischen Projekt vermutet, es finden sich Berichte über angebliche jüdische Skrupellosigkeit und Grausamkeiten und es werden jüdische Loyalitäten vermutet. Hitlers „Mein Kampf" erreicht Auflagen in gigantischer Höhe und ist ohne Probleme in Buchläden zu kaufen, wie auch die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion", die sich als vermeintlich historisches Dokument einer großen Popularität erfreuen. Auch in der Berichterstattung über die Anschläge vom 11. September wurde auf die „Protokolle" zurückgegriffen, um eine jüdisch-zionistische Weltverschwörung zu imaginieren, die für die Anschläge verantwortlich sei. Die Verbreitung antisemitischen Denkens zeigt auch folgende Anekdote: Bei einem Spaziergang entlang der Promenade von Tripoli wollten wir ein Eis essen. Der Besitzer der Eisdiele hatte seinen Eisbechern Namen gegeben: Wir konnten wählen zwischen den Eiskreationen „Hitler" und „Göring".

Bei den täglichen Demonstrationen in Beirut gegen die „zionistische Entität" – der sprachliche Bezug auf das antisemitische Motiv einer jüdischen Übermacht ist offenkundig – wurde arabische Solidarität und ein militärischer Angriff auf Israel gefordert. Auf Transparenten wurden palästinensische Selbstmordattentäter als „Shaheed", als Märtyrer verherrlicht und zur Nachahmung aufgerufen. Auch in der Fernsehberichterstattung wird zum gewaltsamen Widerstand aufgerufen und Selbstmordattentäter werden gepriesen. In Videoclips werden Bilder von kämpfenden Palästinensern mit Musik unterlegt, die zu Solidarität aufruft: „Wo sind die Massen? Wo ist die arabische Nation? Wo ist der arabische Hass? Wo ist die arabische Ehre?"

Zunehmend vermischen sich islamische Vorstellungen mit der Wahrnehmung des Konflikts. Dieser wird dann als Teil der überzeitlichen existentiellen Feindschaft zwischen Juden und Muslimen interpretiert. Ganz Palästina ist demnach heiliger islamischer Boden, über den es keine Kompromisse geben darf. Würde man den Forderungen folgen, wäre dies gleichbedeutend mit dem Ende Israels – dem Staat der Überlebenden des Holocaust und der Zufluchtstätte für verfolgte Jüdinnen und Juden weltweit.

In dem von palästinensischen Flüchtlingen gegründeten „Palestine Institut" im syrischen Hama wird diese allseits zu hörende antisemitische Forderung exemplarisch zusammengefasst. Die auf die Außenwand gemalte Karte mit Erläuterungen formuliert deutlich die Ziele des palästinensischen Kampfes: die Eroberung des ganzen „von den Zionisten besetzten Landes" zwischen Mittelmeer und Jordan. „Die Zionisten haben nicht nur ganz Palästina okkupiert und die ursprünglichen Bewohner vertrieben und vertreiben sie noch heute, sondern auch die Westbank, den Gazastreifen, Sinai und die Golanhöhen." Für einen israelischen Staat ist da kein Platz. Vor diesem Hintergrund wird auch die rhetorische Frage gestellt, die nur eine Antwort erlaubt: „Ist es ein arabisches oder ein jüdisches Land?" Für diese Argumentation glaubt man müssten auch die Europäer Verständnis haben. Denn: „Palästina den Palästinensern" und „England den Engländern".

### Regierungschef ehrt Kriegsverbrecher

Der japanische Ministerpräsident Junichiro Koizumi hat erneut den Yasukini-Schrein besucht, in dem unter den toten japanischen Soldaten auch Kriegsverbrechern des 2. Weltkriegs gedacht wird. Ende April diesen Jahres besuchte ein 190köpfige Gruppe japanischer Abgeordneter und hochrangiger Politiker den Schrein zur Totenehrung. China und Südkorea protestierten gegen die Ehrung. Der japanische Regierungschef wurde beschuldigt, Kriegsverbrechen Japans zu verharmlosen. Die japanische Armee hatte im 2. Weltkrieg einen Vernichtungsfeldzug gegen die Zivilbevölkerung der Nachbarstaaten geführt. Im chinesischen Nanjing wurden allein 1937 300.000 Menschen durch japanische Armeeverbände ermordet. Schulbücher in Japan relativieren oder leugnen diese Verbrechen noch heute.

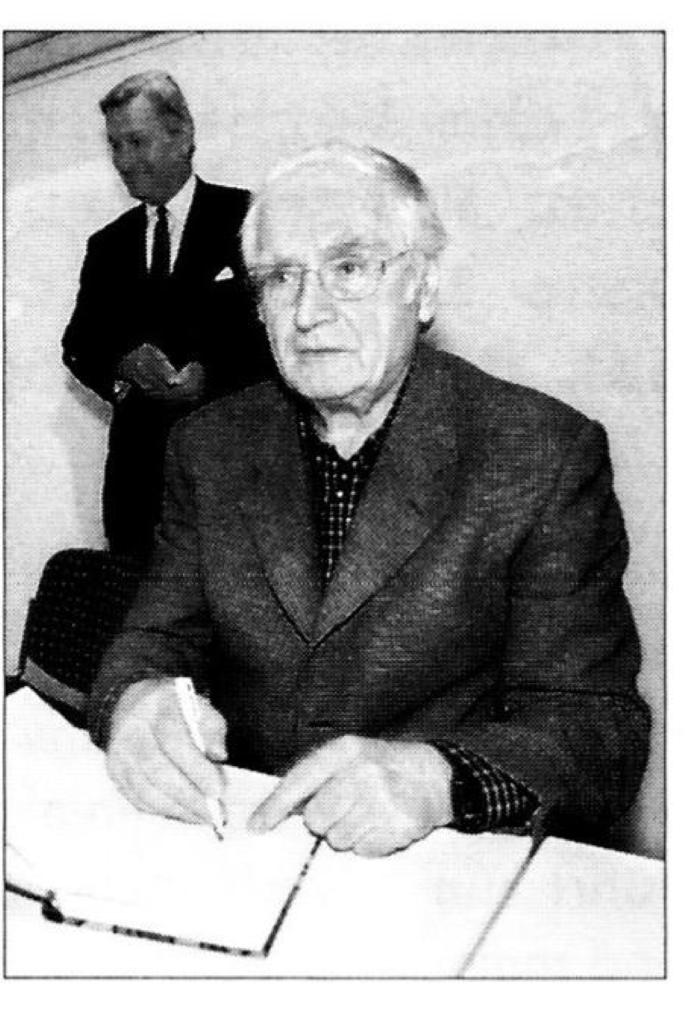
# Ältere Erbschaften

## Martin Walsers kultureller Code

**Die Dramaturgie ist schnell erkennbar, der Plot gleich vorhersehbar. Allein das antisemitische Sujet in Martin Walsers „Tod eines Kritikers" bewegt. Oder wie Frank Schirrmacher formuliert: „Das Repertoire antisemitischer Klischees ist leider unübersehbar".**

von Andreas Speit

Am 29. Mai diesen Jahres lehnte der Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) den Vorabdruck des Romans in einem offenen Brief ab. Walsers Laudator bei der Verleihung des Friedenspreis des deutschen Buchhandels 1998 wollte nicht mehr überlesen, was schon zu lesen war. Denn in Walsers Romanen tauchen immer wieder antisemitische Interpretationsoptionen auf: In „Ohne einander"(1993), wenn ein Literaturkritiker mit entsprechenden Verhaltens- und Physiognomiemustern charakterisiert wird, oder in „Ein springender Brunnen" (1998), in dem ein Dichter durch die Erinnerung an jüdisches Leid sich in seiner individuellen Entfaltung behindert fühlt. Beflissen überlasen Feuilletonisten von FAZ bis taz die Implikationen. Nun hat Walser sie in dem neuen Roman verdichtet. Der Inhalt der „Satire über die Machtausübung im Kulturbetrieb" ist rasch erzählt: Der jüdische Starkritiker André Ehrl-König, leicht erkennbar als Marcel Reich-Ranicki, verschwindet nach einer Party bei dem Verlegerpaar Pilgrim, das an das Ehepaar Unseld (Suhrkamp-Verlag) erinnert. In Mordverdacht gerät Hans Lach, dessen Werk der Kritiker verriss. Auf der Party droht der rechtschaffene Schriftsteller dem Kritiker: „Sehn Sie sich vor, Herr Ehrl-König. Ab heute nacht null Uhr wird zurückgeschlagen". Ein quälendes Suchen beginnt, an dessen Ende der Kritiker erscheint, der seinen Tod nur vortäuschte, um sich ungestört mit seiner jungen Geliebten zu vergnügen. Die Assoziation zu Adolf Hitlers Kriegserklärung an Polen und die Konstruktion des „geilen" und „täuschenden Juden" reichert Walser im Laufe des Romans mit diversen antisemitischen Ressentiments an. So wird Ehrl-König, gezeugt von einem „jüdischen Bankier König aus Nancy", nach Deutschland verschlagen. Zerfressen von Ehrgeiz entscheidet er über die „doitsche Gegenwartsliteratur", weil er nichts Ureigenes schafft. Die Stereotype des „wurzellosen, machtbesessenen und kulturunfähigen Juden" erscheint auch weniger codiert, wenn viele Figuren sich über Ehrl-Königs Sex und Intellekt auslassen: „Lach ereiferte sich angeekelt über das ‚weiße Zeug' das Ehrl-König in den Mundwinkeln bleibt. ‚Scheißschaum' (...) ruft ein zweiter, das ist sein Ejakulat. Der ejakuliert ja durch die Gosch, wenn er sich im Dienste der doitschen Literatur aufgeilt."



Der jüdische Literaturpapst, dessen Name auch auf den Erlkönig in Goethes Gedicht anspielt, in dem der Knabe dessen Macht erliegt, deutet an, was noch ausgesprochen wird: „Die Umwertung aller Werte (...) die hat André Ehrl-König vollbracht". Welche Werte quasi „der Jud zersetzt", wird auch verraten: „Ehrl-König war die Operettenversion des jüdisch-christlichen Abendlandes. Pleasure now, das ist der Ehrl-König. (...) Blind für den Zustand. Taub für die Gemarterten." Der Jude - so die dechiffrierten Phantasmen - zerstört die tiefe „doitsche Literatur". Schicksal, lässt Walser den Ehrl-König sagen, sei ihm ein Graus, und Lach lässt er in Abgrenzung zu dem Kritiker „im Dienst der Aufklärung" ausführen: „Ich bin auf Erfahren angewiesen. (...) Denken ist keine Kunst." So raunen denn auch die deutschen Mystiker und antichristlich-jüdische Metaphern durch die Seiten.

Geht die Kritik nicht über die literarischen Figuren und karikierenden Stilformen hinaus? Werden gar die antisemitischen Ressentiments überinterpretiert? Nein: Die Erweiterung des Kontextes lässt diese Interpretation zu. In der „Zeit" verweist Thomas Assheuer auf Walsers Manifest „Ich vertraue. Querfeldein"(1998), in dem Walser direkt die jüdisch-christlichen Wurzeln der europäischen Kultur thematisiert. Ihre Herrschaft sei das Unglück der Gegenwart und schlimm sei die Entfremdung von der ureigenen, der deutschen Kultur durch die biblischen Götter. Die Alternative: Umwertung der christlichen Werte, Befreiung von den Zumutungen der Moral, Rückkehr zur ureigenen, deutschen Kultur: „Ich vertraue auf ältere Erbschaften". Der Monotheismus des jüdischen Kritikers, resümiert Assheuer, zerstöre den Polytheismus der deutschen Einbildungskraft. Das neue Unsagbare ist für Walser eine Hegemonie der jüdisch-westlichen Kultur über den deutschen Geist.

Suhrkamp-Verlagsleiter Günter Berg will indes keine antisemitischen Klischees entdecken. Etliche Rezensenten dürften es ähnlich wahrnehmen. In der „Süddeutschen Zeitung" bezeichnet es Thomas Steinfelder schon: „Was Martin Walser in diesen Tagen widerfährt", sei der „Versuch eines politischen Rufmordes". „Eine literarische Ermordung?", erwidert Helmut Karasek im „Tagesspiegel": „Doch eher ein literarischer Selbstmord." Wohl kaum: Schirrmacher signalisierte bereits, dass der „Tod eines Kritikers" nicht der „Tod eines Autors" sein werde. Wenn ein anderer Walser-Text „gut und kurz genug" sei, verspricht er, würde die FAZ ihn drucken.

### „Eckart(bote)" leugnet NS-Verbrechen

In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Der Eckart" (früher: „Eckartbote"), dem Organ der „Österreichischen Landsmannschaft" (ÖLM), wird ein nationalsozialistisches Verbrechen, Massaker von Marzabotto (Italien) geleugnet. In Marzabotto und den umgebenden Dörfern hatten am 29. September 1944 Wehrmachts- und SS-Einheiten unter dem Kommando von Walter Reder im Zuge der „Bandenbekämpfung" fast die gesamte Zivilbevölkerung niedergemetzelt. Frauen, Kinder und Greise wurden auf den örtlichen Friedhof getrieben und dort erschossen oder mit Granaten beworfen. Die ganze Aktion, bei welcher der Ort und die umliegenden Dörfer dem Erdboden gleich gemacht wurden, forderte das Leben von insgesamt 1.830 ZivilistInnen. Ende Oktober 1951 hatte ein italienisches Militärgericht die unmittelbar Verantwortlichen für das Massaker verurteilt. Das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands" (DÖW) hat inzwischen bei der Staatsanwaltschaft Wien eine Anzeige wegen des Verdachtes des Verstoßes gegen das österreichische NS-Verbotsgesetz eingebracht. Politische Brisanz bekommt der mutmaßliche Verstoß auch durch die Nähe der ÖLM zur FPÖ: Mit Johann Herzog, Helmut Kowarik und Bärbel Schöfnagel gehören gleich drei Wiener FPÖ-PolitikerInnen zu den führenden ÖLM-FunktionärInnen.

# Unbequeme Vergangenheit

## Über den Umgang mit dem Nationalsozialismus

von Klaus Ahlheim & Bardo Heger

Unsere empirische Studie geht auf ein heftig diskutiertes Ereignis zurück: die Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an Martin Walser im Oktober 1998 und Walsers Dankesrede in der Frankfurter Paulskirche. Ein großer Teil der Bevölkerung, so hat Ignatz Bubis damals den Ertrag der Debatte zusammengefasst, denke längst wie Walser, wolle mit der NS-Vergangenheit Schluss machen und nur noch nach vorn schauen.

Wir haben nun mehr als 2.000 Studierende der Universität Essen nach ihrem Umgang mit der NS-Vergangenheit gefragt. Neben zahlreichen Einzelerkenntnissen und -ergebnissen zeigt unsere Auswertung vor allem, dass die Schlussstrich-Mentalität, verbunden bisweilen mit einer spezifischen Form des Antisemitismus, unter Studierenden durchaus verbreitet und dass der Wunsch nach „Normalität", auch nach neuem nationalem Stolz inzwischen mehrheitsfähig ist. Diese Schlussstrich-Mentalität geht – das ist einer unserer auffallenden Befunde – bei vielen Studierenden mit einer Weltsicht und Lebenseinstellung einher, die deutlich materialistisch-hedonistische Züge trägt, der Solidarität eher fremd und die Last der Vergangenheit ganz einfach unbequem ist.

Der Wunsch, endlich wieder ein „normales" Volk zu sein, frei von der unbequemen Last der Vergangenheit, ist in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet. So meinten im Mai 2000, in einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag der Wochenzeitung „Die Woche", 63 Prozent der West- und 52 Prozent der Ostdeutschen, es werde Zeit, dass „unter den Nationalsozialismus und das Dritte Reich ein Schlussstrich gezogen wird".

Auch von den von uns befragten Essener Studierenden plädieren viele für den „Schlussstrich": Mehr als ein Drittel stimmen der Aussage zu, es werde Zeit, dass „unter die nationalsozialistische Vergangenheit ein Schlussstrich gezogen wird". Damit ist die Zustimmung zwar geringer als in der Bevölkerung insgesamt, aber doch bedenklich groß, gerade in einer Gruppe, die in Zukunft großen Einfluss auf das öffentliche Meinungsklima ausüben wird.

Mit der Schlussstrich-Mentalität eng verbunden ist der Wunsch nach einem neuen nationalen Selbstbewusstsein. 61 Prozent der befragten Studierenden meinen, die Deutschen „sollten endlich wieder ein gesundes Nationalbewusstsein entwickeln", nur 14 Prozent lehnen die vorgegebene Aussage uneingeschränkt ab, 25 Prozent wählen die Antwort „trifft eher nicht zu". Und es ist eben vor allem die unbequeme Erinnerung an die Vergangenheit, die diesem Bedürfnis noch immer im Wege steht: Kaum eine Einstellung der Studierenden korreliert so stark mit der Schlussstrich-Mentalität wie das Plädoyer für ein „gesundes Nationalbewusstsein". Während von den Studierenden, die an einem „gesunden Nationalbewusstsein" überhaupt nicht interessiert sind, nur 13 Prozent für den „Schlussstrich" plädieren, sind es bei jenen, die der Forderung nach einem „gesunden Nationalbewusstsein" voll zustimmen, 65 Prozent.



*Kundgebung des „Bund freier Bürger" (BfB) vor der Neuen Wache in Berlin am 19.6.1999*

### Sekundärer Antisemitismus

Wir hatten die Studierenden gebeten, zehn Aussagen zu unterschiedlichen Facetten des antisemitischen Vorurteils auf einer vierstufigen Antwortskala zu beurteilen. Die meisten Aussagen werden von der großen Mehrheit der Befragten abgelehnt. So unterstellen etwa nur vier Prozent der Studierenden den „meisten Juden", sie hätten „nichts anderes als Geschäfte im Kopf", und nur drei Prozent meinen, es wäre für die Deutschen am besten, „wenn alle Juden nach Israel gingen". Bei zwei Aussagen aber ergeben die Antwortverteilungen ein deutlich anderes Bild: 17 Prozent der Studierenden meinen, viele Juden versuchten, „aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen", und 20 Prozent unterstellen den Juden, sie verstünden „ganz gut, das schlechte Gewissen der Deutschen auszunutzen". In diesen beiden Items kommt eine neue Form des Antisemitismus zum Ausdruck, die – vordergründig „korrekt" – auf traditionelle antijüdische Vorurteile weitgehend verzichtet, die Thema und Dynamik aus dem problematischen Umgang mit der NS-Vergangenheit und dem Holocaust gewinnt, die sich an der „Schuldfrage" festmacht und an der für viele Deutsche ganz und gar nicht bequemen Erinnerungsarbeit und -„leistung". Es ist, wie er in der Forschung oft genannt wird, ein „sekundärer Antisemitismus": Man fühlt sich durch die Erinnerung an den Holocaust von „den Juden" gestört, belästigt, behindert, wähnt sich gar selbst dauerhaft verfolgt und reagiert darauf mit antijüdischem Affekt.

### Politischer Kontext

Neben Fragen zu NS-Vergangenheit, Holocaust und Antisemitismus haben wir den Studierenden auch einige Fragen zu ihren persönlichen Lebenseinstellungen und politischen Orientierungen gestellt. Für viele Studentinnen und Studenten, so kann man die Ergebnisse zusammenfassen, spielen politische Fragen eine eher untergeordnete Rolle. Wichtige Ziele sind vor allem persönliche Unabhängigkeit, eine vertrauensvolle Partnerschaft und – auch materieller – Erfolg. Markt- und Wettbewerbsdenken sind weit verbreitet. Dabei bleiben die Studierenden durchaus sensibel für gesellschaftliche Probleme, zumindest wenn es um die eigene Rolle, um die Gleichberechtigung der Frau oder die Diskriminierung sexueller Minderheiten geht. Die sozial Benachteiligten, die Modernisierungs- und Globalisierungsverlierer geraten indes eher aus dem Blick.

Im Rahmen unserer Studie interessierte uns nun vor allem, ob und wie die persönlichen und politischen Orientierungen der Studierenden mit ihrer Einstellung zur NS-Vergangenheit verbunden sind. Wir haben deshalb untersucht, wie die „Schlussstrich-Befürworter" und die „Schlussstrich-Gegner" die in unserem Fragebogen aufgeführten persönlichen und politischen Ziele gewichten, und dabei eine Reihe signifikanter Unterschiede festgestellt. Insgesamt wird dabei bei den Schlussstrich-Befürwortern eine ausgeprägt materialistisch-hedonistische Orientierung sichtbar. Sie

wollen erfolgreich und unbeschwert ihr Leben genießen, und sie wollen dabei möglichst nicht gestört werden – nicht von den weniger Erfolgreichen auf der gesellschaftlichen „Verliererseite" und auch nicht von der unbequemen Erinnerung an die deutsche Vergangenheit.

Große Unterschiede zwischen Schlussstrich-Befürwortern und -Gegnern zeigen sich auch bei den drei Forderungen, die das Verhältnis zu Ausländern in Deutschland ansprechen. Studierende, die der Schlussstrich-Forderung voll zustimmen, fordern besonders häufig eine „Verringerung des Ausländeranteils sowie eine „Abwehr kultureller Überfremdung" und treten weit seltener als die Schlussstrich-Gegner für ein Ausländerwahlrecht ein. Hier wird eine ethnozentristische Orientierung sichtbar, die alles Fremde und Andere abwehrt und abwertet und die eigene „Gruppe", die Deutschen eben und die deutsche Nation, idealisiert und deshalb auch die „dunklen Kapitel" der Vergangenheit verdrängen will.

Auch hier zeigt sich ein enger Zusammenhang von Schlussstrich-Mentalität und Nationalbewusstsein: Je stärker die Studierenden für einen Schlussstrich unter die Vergangenheit plädieren, desto häufiger fordern sie eine „Stärkung der nationalen Identität". Die Zustimmungsquoten steigen von 23 Prozent unter den entschieden Schlussstrich-Gegnern auf 59 Prozent unter denen, die der Schlussstrich-Forderung voll zustimmen. Auch militärisch soll Deutschland, so sieht es die Mehrheit der Schlussstrich-Befürworter, wieder eine wichtige Rolle in der Welt spielen.

Es sieht ganz so aus, als hätten viele Schlussstrich-Befürworter ihre eigenen Konsequenzen aus dem Holocaust gezogen – sie heißen Normalität und neue deutsche Macht und Stärke.

*Die Studie von Prof. Dr. Klaus Ahlheim und Dr. Bardo Heger ist soeben erschienen: Die unbequeme Vergangenheit. NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerns, Wochenschau Verlag, 160 Seiten, 15 Euro.*

### Antisemitismus zugenommen

Nach einer Studie des „Sigmund-Freud-Instituts" in Frankfurt/Main und der Universität Leipzig haben antisemitische Einstellungen seit 1999 in der Bundesrepublik stark zugenommen. Für die Studie waren 1001 Ost- und 1050 Westdeutsche befragt worden. Den Satz „Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind" stimmten 36 Prozent zu (1999: 20%). Nur 38% (1999: 56) äußerten sich ablehnend. Dabei stimmten im Osten 31% zu, im Westen hingegen 37%. Die Fragestellungen der Untersuchung waren bewusst so gewählt worden, dass latente, nicht unbedingt offen artikulierte antisemitische Einstellungen messbar wurden. Nach ParteianhängerInnen teilt sich die Prozentverteilung für die Zustimmung zu dem Satz folgendermaßen auf: PDS 24,9%; Grüne 25,3%; FDP 29,9%; SPD 34,2%; CDU/CSU 40,1% und DVU/Rep 61,1%. Auch der Losung „Deutschland den Deutschen" stimmen mehr Deutsche zu als noch vor drei Jahren: 44% der Männer (1999: 32) und 35% der Frauen (1999: 28) im Westen, 38% Prozent der Männer (1999: 28) und 33% der Frauen (1999: 20) im Osten. Weiterhin ergab die Studie, dass 38% der Deutschen US-AmerikanerInnen und 49% AraberInnen ablehnend gegenüber stehen.

# „Frauen, Juden und Irre"




## Lehren aus dem 19. Jahrhundert

**„Der echte Jude wie das echte Weib, sie leben beide nur in der Gattung, nicht als Individualität." Der Wiener Philosoph Otto Weininger formulierte 1903 Positionen, die durchaus aktuell sein können. Das findet zumindest der Verlag „Matthes&Seitz", der dessen Schriften und die zweier weiterer antifeministischer und antisemitischer „Klassiker" des 19. Jahrhunderts im Programm hat – mit der Aufforderung zum wohl wollenden Wieder-Lesen.**

von Anna Diegelmann

Otto Weininger, Paul Julius Möbius und Richard von Krafft-Ebing repräsentieren die Bemühungen des 19. Jahrhunderts, unter Berufung auf die „objektiven" Erkenntnisse der Naturwissenschaften die vorhandenen Vorstellungen von männlich und weiblich, krank und gesund sowie „arisch" und jüdisch festzuschreiben. Viele Formulierungen erscheinen heute abstoßend, die entwickelten Vorstellungen haben sich im Kern aber erhalten.

Der österreichische Psychiater Richard von Krafft-Ebing galt als fortschrittlich. Zu einer Zeit, als Geisteskranke meist in Narrentürmen angekettet wurden, interessierte er sich für forensische Psychiatrie mit dem Ziel, das Strafrecht zu reformieren und Ärzte als Spezialisten für Gutachten zur Unzurechnungsfähigkeit wegen „abartiger Veranlagung" zu etablieren. Seine „Psychopathia sexualis. Mit besonderer Berücksichtigung der konträren Sexualempfindung", beschreibt, was als sexuelle Anomalie betrachtet wurde, vom „Sexualtrieb im Greisenalter" über „Lustmorde" bis zur Homosexualität, samt Möglichkeiten zur Therapie – die angesichts der „erblichen Belastung" der meisten allerdings unmöglich sei. Ein Großteil der untersuchten Fälle sind Männer. Die weibliche Sexualität dagegen ist schon per se abweichend, so heißt es über den weiblichen Masochismus: „Beim Weibe ist die Unterordnung unter das andere Geschlecht eine physiologische Erscheinung [...] als feststehend kann aber wohl angenommen werden, dass eine Neigung zur Unterordnung unter den Mann (die ja als erworbene zweckmäßige Einrichtung, als Anpassungserscheinung an soziale Tatsachen gelten kann) beim Weibe bis zu einem gewissen Grade als normale Erscheinung sich findet."

Ebenfalls für eine mildere Behandlung der Abweichenden wirbt Paul Möbius in der Schrift „Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes". Er beruft sich auf Ergebnisse der Hirnforschung, Gewicht und Ausprägung männlicher und weiblicher Gehirne, und kommt zu dem Schluss, dass die Geschlechter vor Gericht unterschiedlich behandelt werden müssten, da Frauen aufgrund ihres Geschlechtes ein geringeres Urteilsvermögen, weniger Beherrschung und ein schwaches Gedächtnis hätten. Positiv zu werten sei die willige Unterwerfung unter die Benachteiligungen durch den Geschlechtscharakter: „Ist man über die Befähigung einer Frau nicht im Klaren, so lässt man sie den ‚Schwachsinn' lesen. Wenn sie dann meint, der Verfasser habe so Unrecht nicht, so schließe man sie in die Arme, denn sie ist eine ausgezeichnete Frau."

Von Möbius musste Otto Weininger

sich vorwerfen lassen, er habe ihn plagiiert. Tatsächlich geht Weininger in seiner Dissertation „Geschlecht und Charakter" über die Konstruktion der Geschlechtscharaktere und die Zuweisung bestimmter Eigenschaften hinaus, indem er geradezu exemplarisch die Verbindung von biologistischem Antifeminismus und rassistischem Antisemitismus aufzeigt. Die Naturwissenschaftler hatten mit ihren Forschungen über die degenerativen Auswirkungen des modernen Lebens und die Gefahren der Abweichung eine Verbindung aufgezeigt, die Weininger als Grundlage dient: Frauen und Juden sind zugleich Repräsentanten wie Opfer des modernen Lebens, hektisch, unstet und geistlos. Sie bilden den absoluten Gegenentwurf zum „arischen", gesunden Mann. Weiningers Konzeption berücksichtigt naturwissenschaftliche und philosophische Implikationen. In all ihrer Vielschichtigkeit bleibt doch klar bestehen: Juden wie Weiber bevorzugen die beweglichen Güter, sie haben keine Persönlichkeit, keinen Begriff von gut und böse und sind nicht zu eigenen Ideen fähig. Kurz, um das arische Wesen zu retten, muss sowohl das Weibliche als auch das Jüdische ausgerottet werden.

Nun ist die Forschung über die historische Entwicklung von Ressentiments wünschenswert – nur verfolgen die Neuauflagen des Münchener Verlages keinesfalls primär dieses Ziel. Im sonstigen Verlagsprogramm nicht gerade auf Quellentexte spezialisiert, fehlen kritische Anmerkungen sowie Hinweise auf die Rezeptionsgeschichte der Texte völlig. Stattdessen wird der Wert betont, den die Texte noch immer haben: „Um P.J. Möbius' These letztlich als Science-fiction im vergangenen Zeitstil einzuschätzen, bedarf es freilich einer ehrlichen Selbsterforschung der modernen Leserin [...] Jeder Mensch muss an sich arbeiten." Krafft-Ebing, der Homosexuelle mit Suggestionen wie „ich verabscheue die Liebe zum eigenen Geschlechte und werde keinen Mann mehr schön finden" behandelte, wird gar als Forscher in einer „Geschichte der Liebe" direkt nach den romantischen Dichtern genannt. Über die reaktionären und teilweise hochaktuellen Ressentiments Weiningers heißt es nur lapidar: „Es ist nicht schwierig, Weininger als Frauenverächter und Antisemit zu ‚entlarven'."

# Riefenstrahlen

## Comeback der ‚Priesterin der Schönheit'

**Madame ist en vogue. Die Filme inspirieren, die Photographien faszinieren und die Vita imponiert. Zum Jubiläum erfährt die Grand Dame des Lichts und Schnitts eine ganz besondere Hommage. Gleich zwei filmische Biographien sollen anlässlich des 100. Geburtstags Leni Riefenstahls ins Kino kommen. Endgültig erscheint die „Scheinwerferin des Dritten Reichs" ohne den Schatten ihrer Vergangenheit. So wie sie sich schon immer selbst wahrgenommen hat – als Künstlerin.**

von Stephan Lindke & Andreas Speit

Ein ganz besonderes Geschenk macht sich Riefenstahl zunächst aber selbst. An ihrem Geburtstag, dem 22. August 2002, präsentiert sie ihren Film „Impressionen unter Wasser". Nach über 60 Jahren können die Fans von Riefenstahl, die immer noch von Adolf Hitlers Charisma schwärmt, erstmals wieder einen ihrer „reinen Dokumentationen" im deutschen Kino sehen. Vorab jubelte bereits „Die Welt": „Die Filmsensation des Jahres".

Die letzten großen Kinoerfolge hatte Riefenstahl mit den Propagandafilmen „Sieg des Glaubens" (1933) und „Triumph des Willens" (1934) über die NSDAP-Reichsparteitage. Der „Triumph des Willens" sollte nach eigener Aussage keine Dokumentation werden, sondern den „Sinn des Tages", den heroischen Stil und den „inneren Rhythmus" wiedergeben. Mit Erfolg: Nach dieser Ästhetisierung Hitlers, in dem das Aufgehen des Einzelnen in der Masse und das Erleuchten des Führers via Schnitt- und Bildtechnik visualisiert wird, bedurfte es keines weiteren Films mehr über ‚ihn'.

Keine geringeren Kassenschlager waren ihre halbdokumentarischen Filme „Fest der Schönheit" und „Fest der Völker" zu den Olympischen Spielen 1936. Mit Hilfe neuester Technik instrumentalisierte sie das Spektakel zur Glorifizierung des Nationalsozialismus, da sie u.a.

## Niedersächsisch-Schlesische Freundschaft

von Detlef von Busch

Das nächste „Deutschlandtreffen der Schlesier" im Sommer 2003 wird in Hannover stattfinden.

Die niedersächsiche Landesregierung hat dafür im Entwurf für den Doppelhaushalt 2002/2003 einen Betrag von 128.000 Euro zur Verfügung gestellt.

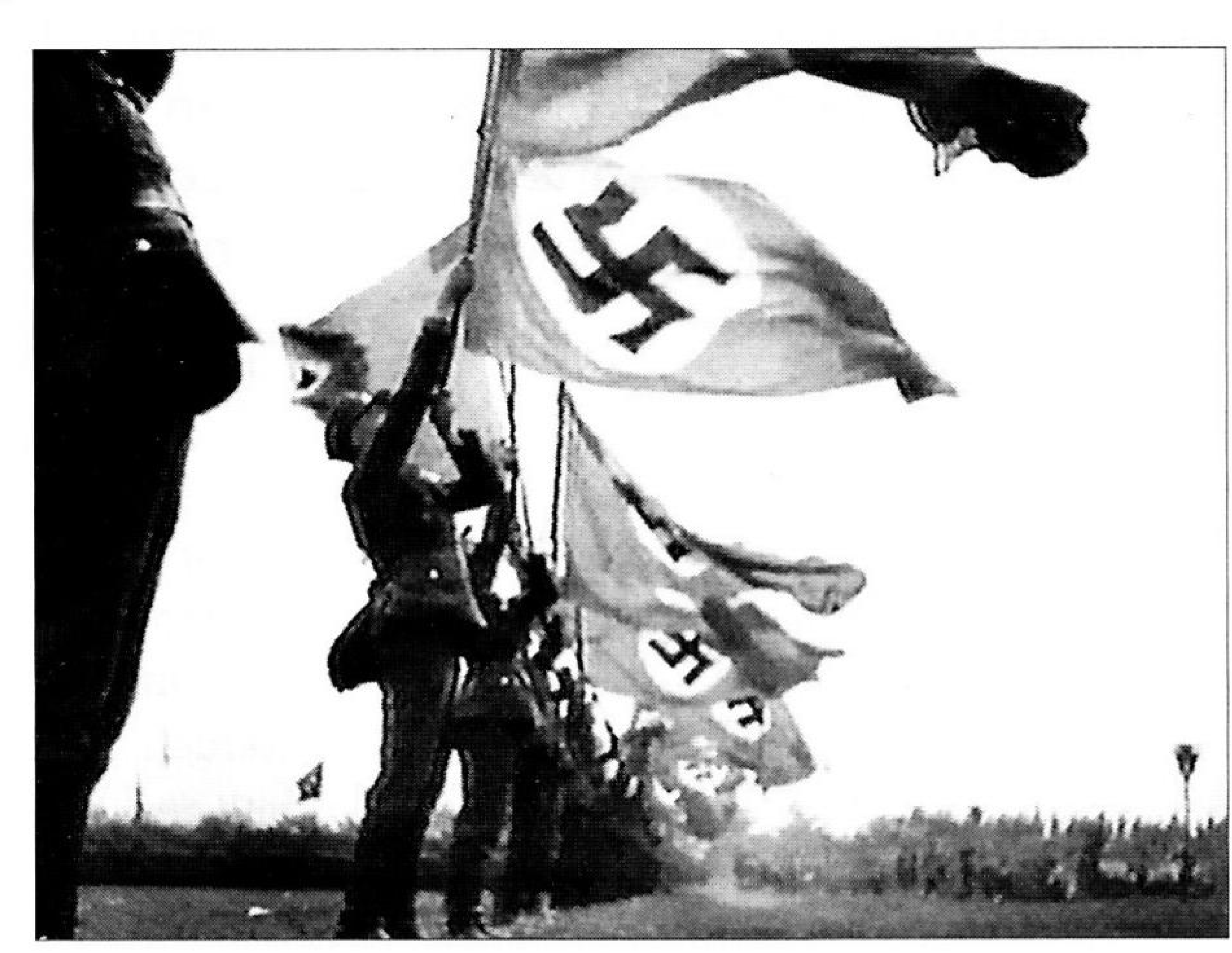
Das „Schlesiertreffen" ist eine Massenveranstaltung mit mehreren 10.000 Teilnehmern, das alle 2 Jahre von der „Landsmannschaft Schlesien" (LMS) ausgerichtet wird. Einerseits dient es der Aktivierung und Motivierung der landsmannschaftlichen Basis, andererseits der Veröffentlichung von politischen Positionen, da es regelmäßig die Aufmerksamkeit der Medien erfährt.

Das Land Niedersachsen hatte im Jahre 1950 die Patenschaft für die LMS übernommen. Nach dem Wahlsieg der rot-grünen Koalition 1990 war das „Schlesiertreffen", das stets mit erheblichen Landesmitteln finanziert wurde, nicht mehr in Hannover durchführbar, da die neue Landesregierung die Zuschüsse gestrichen hatte. Wohlgemerkt, nur die Zuschüsse, die für das „Schlesiertreffen" vorgesehen waren. Das „Schlesiertreffen" konnte aber von nun an in Nürnberg stattfinden, denn die bayrische Staatsregierung sprang als Sponsor ein.

Nun will die niedersächsische Landesregierung dies ändern. In einem Gespräch, das Ministerpräsident Gabriel (SPD) bereits am 6.9.2000 mit dem LMS-Vorstand führte, herrschte Einigkeit darüber, dass mögliche unterschiedliche Standpunkte von LMS und Landesregierung „einer Zusammenarbeit nicht im Wege stehen" sollten. Einig war man sich darüber, dass „die Kulturarbeit [..] nach Kräften gestärkt werden" solle. Auch der Chef der CDU-Landtagsfraktion Christian Wulff bekräftigte bei einem Besuch im „Haus Deutscher Osten" in Hannover seine Unterstützung für das „Schlesiertreffen". Die LMS kann sich also bereits auf eine große Koalition im niedersächsischen Landtag stützen.

durch Überblendungen verschiedener Körperbilder von der Antike bis zum Nationalsozialismus einen genuinen, in der griechischen Antike verwurzelten „arischen Körper" konstruiert und zugleich jene „Körper" die nicht zu dem NS-Ideal passten, wie dem des Goldmedaillengewinners Jesse Owens, retuschierte.

Für die Produzenten der Filmbiographien kein Grund, die „Priesterin der Schönheit" nicht zu inszenieren. Ende 2002/Anfang 2003 sollen die Biographien des Münchener Regisseurs Thomas Schüly und des Hollywood-Stars Jodie Foster in die Kinos kommen. Schüly, der u.a. mit der Produktion „Der Totmacher" berühmt wurde, offenbart in einem Interview 1999 seine Motivation: Er wolle „eine Frau wie Leni Riefenstahl betrachten können, ohne immer an sechs Millionen ermordete Juden denken zu müssen. 50 Jahre danach wird das langsam möglich, [...]: die Ästhetik von der Politik lösen". Ganz in diesem Geiste beschreibt er im rechtskonservativen Magazin „Criticón" leidenschaftlich „[seinen] Nachmittag mit Leni Riefenstahl", wobei er eine politische Einordnung ihrer NS-Propagandaarbeit lapidar mit der Begründung, „daß Richten und Rechten [ihm] weder zustehen noch [seine] Sache sind", beiseite schiebt.


*Filmausschnitt aus „Triumph des Willens"*

Diese Motivation dürfte, wie der Film, Riefenstahl erfreuen. Nicht nur, dass sie immer wieder betont, „Menschen, die diese Zeit nicht miterlebt haben, können das auch nicht beurteilen", sie erläutert auch rückwirkend auf ihre Verantwortung angesprochen: „Die reine Kunst sollte nach überhaupt keinem Ziel verlangen. Sie ist etwas rein Kreatives. [...] die reinste Kunst - und danach haben die meisten Künstler gestrebt - ist ohne Verantwortung."

Bereits ab den 1970er Jahren wird ihre Vita zunehmend in die originäre „Nazi-Filmerin" auf der einen Seite und in die innovative Regisseurin - die mit ihren ästhetischen Filmbildern in der Tradition der Avantgarde und mit ihren Montagetechniken in der Linie der russischen Filmer Eisenstein, Wertow oder Pudowkins steht – auf der anderen Seite geteilt.

Ende der 1990er Jahre erfährt sie in Deutschland nicht nur ihre ersten öffentlichen Reputationen, auch ihre „dunkle Seite" wird diskret überblendet. Die Hamburger „Galerie Schlüter" stellt 1997 erstmals nach 1945 Fotos von Riefenstahl aus. Einen Monat lang waren Bilder von der Olympiade 1936, Porträts von Kriegern des Nuba-Stammes und ihre Tiefsee-Aufnahmen kommentarlos nebeneinander zu sehen. Nach der Motivation gefragt, antwortet Andreas Schlüter, dass Riefenstahl „eine tolle Künstlerin" sei.

Eine „vorurteilsfreie Annäherung" an die Person und ihr Schaffen inspirierte das Filmmuseum Babelsberg vom Dezember 1998 bis Februar 1999 eine Retrospektive über Riefenstahl zu zeigen. In einer distanzierten Atmosphäre sollte eine Auseinandersetzung möglich werden. Die Besucher erfuhren jedoch eine parteiische Präsentation, da die Aussteller Riefenstahls Nachkriegswerke dominant in den Vordergrund stellten und ihre NS-Propagandafilme in der Präsentation an den Rand drängten.

Die „dunkle Seite" blendet die Berliner Fotogalerie „Camera Work" im Mai/Juni 2000 gänzlich aus. Sie präsentiert 40 Olympia-Bilder aus dem 1937 erschienenen Riefenstahl-Fotoband „Schönheit im olympischen Kampf". In dem Begleitband schreibt Michael Krüger über den Mythos Riefenstahl: „Leni Riefenstahl hat sich für ihre Bilder auf den verwaisten Thron Gottes gesetzt". Ebenso mythologisierend verklärt Carola Stern: „die mythisch überhöhte Wirklichkeit von Riefenstahls Aufnahmen (sind) unübersehbar".

Die völlige Kommerzialisierung erfolgte im selben Jahr, als der „Benedikt Taschen Verlag" eine Riefenstahl-Monografie „Fünf Leben" und einen „Riefenstahl 2001"-Kalender verlegte.

Trotz aller Differenzen in der Motivation - von Kommerz bis Kunstreflexion - eint die Aussteller und Verleger, dass sie Form und Inhalt ebenso getrennt betrachten wie die Vita der Künstlerin und ihr Œuvre. Durch diese Entkontextualisierung relativieren sie die „rechten Mythen", die in Riefenstahls Kompositionen immanent sind. In all ihren Schaffensperioden - in den 1930er Jahren die Visualisierung von Athleten, die „Schönheit, Kraft und Grazie" vereinen sollen; in den 1970er Jahren die Fotographien der Nuba-Krieger, deren Körperkulte und Kampfrituale das archaische und heroische widerspiegeln sollen; in den 1980er Jahren die Unterwasseraufnahmen, die die reine und unberührte Natur einfangen sollen - reproduziert sie Motive einer „reaktionären Moderne". Die Werke transportieren klassische Segmente rechter Kultur- und Zivilisationskritik: Athletisch versus Degeneriert, Archaik versus Zivilisation, Natur versus Kultur und Mythos versus Logos. Ihre Botschaft hat Riefenstahl nie relativiert. „Alles Schöne hat mich sehr fasziniert, das war es, das ich in den Bildern festhalten wollte. [...] Ich wollte das Schöne, das ja vergänglich ist, festhalten. [...] Es lieben nicht alle das Schöne, aber die Mehrheit der Menschen liebt es mehr als das Hässliche, das man versucht zu überwinden [...] das ist doch ganz natürlich".

Als im Jahre 1997 die Band Rammstein ihre Coverversion des „Depeche Mode"-Klassikers „Stripped" mit Sequenzen aus „Fest der Völker/Fest der Schönheit" unterlegten, erfuhr Madame auch im Popmainstream eine affirmative Rezeption. „Rammstein"-Gitarrist Richard Kruspe meinte: „Jeder kann den Riefenstahl-Film deuten, wie er will".

Während das Video von „Rammstein" und die Vernissage bei Schlüter 1997 noch zu einer kritischen Diskussion führten, bestimmt 2002 eine affirmativ-entpolitisierte Rezeption die Debatte. Features und Dokumentationen lösen sich zunehmend von der als Political Correctness stigmatisierten Kritik und nähern sich vermeintlich „vorurteilsfrei" dem „Mythos Riefenstahl" an. Selbst ein einstiger Kritiker wie der frühere Präsident des Goethe-Instituts Hilmar Hoffmann hat seine damalige „Frontstellung respektvoll aufgelöst" und traf sich mit Riefenstahl „zu einem entspannten Gespräch". Die alte Dame wird die neue Hommage erfreuen. Die Missverstandene hatte immer an der Missachtung gelitten. Nun scheint sie erlöst.

### DESG-inform erscheint wieder

Die Ende letzten Jahres eingestellte „DESG-inform" wird vom Dresdner Verlag „Zeitenwende/HAGAL" in der Zeitschrift HAGAL weiter geführt. Die Vierteljahresschrift „HAGAL" erscheint seit 1997 und will „der Moderne die Tradition und Kultur des Abendlandes in ihren verschiedenen Aspekten entgegen[stellen]". Beide Publikationen stehen dem nationalrevolutionären Projekt „SYNERGON" nahe. Seit dem letzten Jahr fungiert „HAGAL" als Periodikum der deutschen „SYNERGON"-Sektion. Bereits in den 1930er Jahren hatte es die Zeitschrift „HAGAL" der völkisch-okkulten „Edda-Gesellschaft" gegeben.

# Alle Jahre wieder...

## Das 11. Wave-Gotik-Treffen zu Leipzig

**17.000 BesucherInnen aus dem In- und Ausland zählte das diesjährige „Wave-Gotik-Treffen" (WGT) zu Pfingsten in Leipzig. Unter den rund 150 aufgetretenen Bands waren - wie in den Jahren zuvor - auch einige vom rechten Rand der Szene.**

von Christian Dornbusch

Eine Presseerklärung der Bremer Initiative „Grufties gegen Rechts" (GgR) sorgte im Vorfeld des diesjährigen WGT für Aufregung. Sie kritisierte den politisch rechten Kontext der Bands „Kirlian Camera", „Stalingrad" und „Darkwood" sowie den einiger Firmen, die alljährlich auf dem Festival vertreten sind. Anders als in den Jahren zuvor griff die lokale Presse das Thema auf und titelte zwei Tage vor Beginn des WGT „Brauner Schatten über schwarzen Romantikern". Die genannten Bands distanzierten sich umgehend von den gegen sie erhobenen Vorwürfen, die durchaus berechtigt sind.

Bereits 1993 verwandte der Italiener Angelo Bergamini für den Song „U-Bahn Heiligenstadt V." seiner Band „Kirlian Camera" eine Rede des rumänischen Faschistenführers Corneliu Codreanu als Sample. Mit seiner zweiten Band, „Stalingrad", wirkte er u. a. 1998 bei der Compilation zu Ehren des nationalsozialistischen Bildhauers Josef Thorak und bei dem Sampler „Za dom spremni" mit. Auch die Dresdener „Darkwood" scheinen Gefallen an dem rumänischen Faschistenführer zu finden. Mit dem Lied „Mord und Lüge" sind sie auf der Compilation „Codreanu. Eine Erinnerung an den Kampf" (2001, vgl. DRR Nr. 74) vertreten. Der Bandleader Henryk Vogel, der seiner während des Konzertes geäußerten Distanzierung hinzufügte, dass sie ein „reines Kunstprojekt" seien, singt in dem Lied: „Aufrechter Blick, ein Herz voller Güte. Dem Freunde Freund, dem Feinde Tod. Entschlossen handeln für die Sache, den Kameraden Vater in jeder Not. Die Erde ihres Heimatlandes, für ihren Kampf ist sie das Blut, sei alles Gold vergessen. Die Tugend ist ihr höchstes Gut. ...".

Trotz des rechten Kontextes der Bands waren bei den Konzerten keine eindeutig rechtsextremen, faschistischen oder neonazistischen Töne zu hören. Jene Bands legen ebenso wie weite Teile der Dark-Wave-Szene Wert auf Gestus, Habitus und schicksalhaftes Pathos, und in Folge dessen sind ihre Songs keine zur Musik vorgetragene Propaganda, wie beispielsweise bei den neonazistischen RechtsRock-Bands.

Sowohl „Darkwood", „Kirlian Camera", „Stalingrad" als auch die Formation „Camerata Sforzesca" sind viel mehr Kultur im klassischen Sinne, die hinsichtlich der inhaltlichen Vorzeichen und Kontexte der Bands letztlich rechts bis extrem rechts determiniert ist. Der genuin politische Zusammenhang erschließt sich aber nur dem, der sich damit beschäftigt bzw. das Pathos ideologisch zu verorten vermag. Als beispielsweise die Mailänder Formation „Camerata Sforzesca", ein Nebenprojekt der Evola-Begeisterten „Camerata Mediolanense", in der Krypta des Völkerschlacht-Denkmals Lieder aus dem Barock und der italienischen Renaissance vortrug, haben die kulturell bewanderten Rechten ergriffen einem Ausschnitt europäischer Kulturgeschichte gelauscht. Der „durchschnittliche, apolitische Gruftie" hingegen wird den Auftritt im Kreis der steinernen Totenwächter wohl lediglich als ein interessantes Konzert an schauerlich-schöner Location bewerten haben.

Während die Festivalsordnung das Tragen verfassungsfeindlicher Kennzeichen verbot und die Security den Trägern von Abzeichen mit Sig-Runen oder ähnlichen Abzeichen gelegentlich auch den Eintritt verwehrte, waren dennoch eben diese Anstecker an den Verkaufsständen auf dem Festivalgelände oder im sogenannten heidnischen Dorf erhältlich.

Wie in allen Jahren waren in der Verkaufshalle der rechtsextreme „Verlag und Agentur Werner Symanek" (VAWS) und „Eis & Licht" vertreten. Mit einem umfangreichen „Death In June"-Angebot präsentierte sich das Mannheimer Label „Tesco", das u. a. als Vertrieb für die britische Band fungiert. Stefan Rukavina, dessen im Jahr 2000 von ihm veröffentlichtes „Death In June"-Büchlein jüngst bei VAWS neu aufgelegt




*Auftritt der Bands „Darkwood" (Bild oben) und „Camerata Sforzesca" (Bild unten) in der Krypta des Leipziger Völkerschlachtdenkmals*

wurde, bot hingegen lediglich die neueste exklusive Compilation seines Label „Thaglasz" an - mit Beiträgen von „Kirlian Camera", „Von Thronstahl" und anderen. Allerdings waren die Elaborate der rechten Szene-Bands nicht nur bei diesen Anbietern erhältlich. Auch viele andere boten den Codreanu-Sampler an und führten in ihrem Sortiment neben Electro-Pop-Bands wie „Soft Cell" oder linken Industrial-Projekten auch Platten von „Von Thronstahl", „Der Blutharsch" und weiteren rechten Kombos.

Resümierend lässt sich festhalten, sollten die Verantwortlichen des WGT eines Tages einmal davon absehen, den rechten Bands der Szene auf dem Festival ein Forum zu bieten, werden die schwarz-braunen Fans auch zu Hause bleiben. Doch ob das jemals passiert, hängt sowohl von den Veranstaltern als auch von den „normalen" Fans ab. Denn letztlich tragen auch sie mit ihrem undifferenzierten Akzeptanzbegriff dazu bei, dass auch die Rechten Teil des „gemütlichen Miteinanders" sind.

# Black im Zinnober

## Dark-Wave-Magazin setzt auf rechte Töne

**Der Tenor des Dark-Wave-Magazins „Black" variiert. Seit 1995 präsentiert die Redaktion das Kaleidoskop des Undergrounds. Die Redaktion um Thomas Wacker bemüht sich, über die musikalischen Stile der Schwarzen Szene von „Industrial, Noise, Electro, EBM, Neofolk, Dark-Ambient, Synthie-Pop and more" zu informieren. Ein erfolgreiches Konzept: Das Magazin mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren wird auch in den Filialen des Musikgiganten „World of Music" vertrieben.**

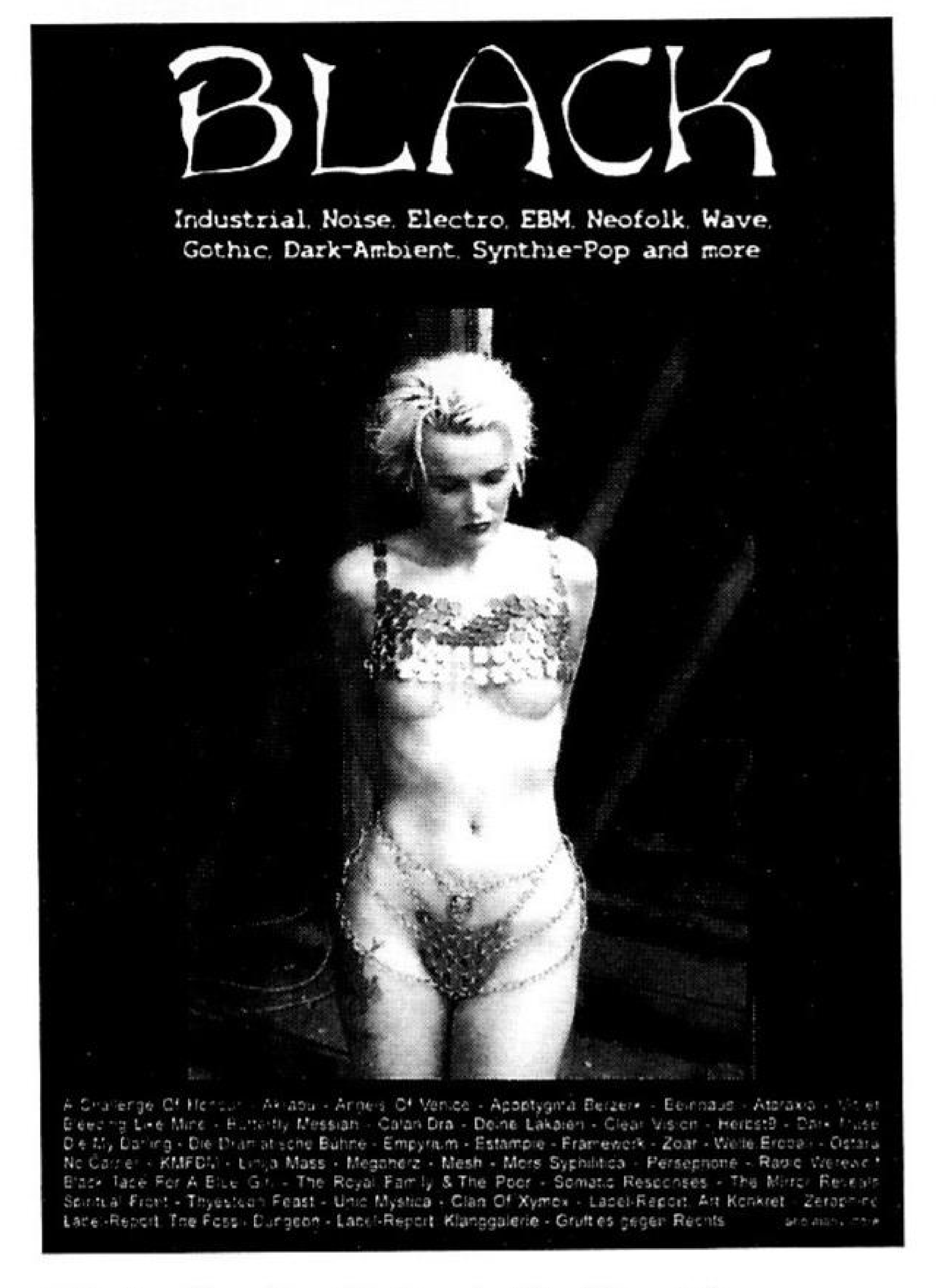
von Christian Dornbusch & Andreas Speit

Als Ende 2000 Arne Thau aus der Redaktion des Magazins ausschied, dessen Cover die Szene-Ästhetik zwischen Fetisch- und SM-Fotos, Bandporträts und Friedhofsbildern widerspiegeln, nahm Dominik Tischleder dessen Position ein. Doch während die Begeisterung von Thau an rechten Szene-Bands wie dem „Blutharsch" beinahe der pubertierenden Zuneigung eines „No Angels"-Fans glich, scheint die Freude von Tischleder an rechten Bands politisch motiviert.

In der Frühjahrsausgabe 2002 rezensiert der Politikstudent aus Trier den Sampler „Codreanu: Eine Erinnerung an den Kampf". Wohl wollend stellt er fest: „Die Eiserne Garde und Corneliu Codreanu bieten offensichtlich einer jungen Generation von heute den Stoff aus dem Mythen sind. (...) Hier haben die Kulturkämpfer dieser Tage wirklich etwas besonders geleistet (...) jedes Projekt liefert das Beste". Und zusätzlich ist das Begleitheft gar ein „hochwertiges kleines Büchlein mit Bildern zu jedem Stück und Schriften über die Eiserne Garde". Über die Verherrlichung des faschistischen Führers aus Rumänien will er sich nicht auslassen, stattdessen empfiehlt er, als Erklärungshilfe Armin Mohlers „Der faschistische Stil" zu lesen. An anderer Stelle im Heft wird Tischleder selbst jedoch auch deutlicher.

Mit Hilfe der „F-Skala" von Theodor W. Adorno stellt er in einem Artikel fest, dass Richard Leviathan von „Ostara" keinen faschistischen Charakter habe. Mag dies noch ironisierend gemeint sein, verkehrt Tischleder es zugleich ins Politische. Nicht nur, weil er die Kritik an der Band u.a. wegen ihres Namens in der Tradition der Ariosophie relativiert, sondern auch, weil er die Kritik an rechten Szene-Projekten generell diffamiert. „Die Frage, ob unsere Szene von (...) ‚Faschisten' oder gar von ‚Nazis unterwandert wird, erhitzt schon lange die Gemüter", eröffnet er seinen Beitrag, um dann die Gemüter abzukühlen. Oft würden „regelrechte Anklageschriften" verfasst, um „anschließend mit einen gewissen Timbre eine ‚glasklare Distanzierung' (...) zu verlangen". Statt das „kultivierte Gespräch" zu suchen, würde mit „Schlagwörtern" und „emotionalen Kampfbegriffen wie ‚Faschismus' oder ‚rechts'" zugeschlagen. Seinen formulierten Ansprüchen scheint er sich selbst nicht verpflichtet zu fühlen, denn im Folgenden polemisiert er auf dürftigem Niveau gegen die „Antifa" und die mit ihnen verbündeten „Grufties", die keine Idee von dem Begriffskontext Antifaschismus hätten. So erklärt er dann auch, „wer sich heute ‚Antifaschist' nennt, ist entweder Vertreter einer extremistisch-selektiererischen Ideologie oder er/sie ist ein meist jugendlicher Mensch auf Identitätssuche". Endlich müsse diese „ganze Gefühlsduselei" einer „rationalen Sichtweise Platz machen". Außer der Diffamierung, dass „die Antifa" wild mit der „Faschismuskeule" um sich schlüge, diskreditiert er die VVN: „Sie gründen Organisationen mit lustigen Namen wie ‚Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten', wobei sie mit 'Opfern' sich selbst meinen". Die Schicksale der älteren VVN-Mitglieder scheinen dem sich als so belesen darstellenden Studenten nicht bekannt.

Ebenso unter Grundstudiums- und von ihm eingeforderten theoretischem Niveau kanzelt er den Nachweis von faschistischen Ideologiefragmenten bei rechten Szene-Bands ab. „Im Übrigen ist der Zusammenhang zwischen ‚Nouvelle Droite' und Neofolk vollkommen konstruiert". Man müsse ein „Talent für Verschwörungstheorien mitbringen, um Künstlern finstere ‚metapolitische' Strategien zu unterstellen".



*Titelseite der Zeitschrift „Black"*

In dem über 100 Seiten starken „Black" waren solche politische Statements bisher nicht zu lesen, auch solche Anti-Antifa-Positionen im Jargon der „Neuen Rechten" nicht. Zur „Ausgewogenheit" gehört für das Blatt zwar die affirmative Berichterstattung über den rechten Rand der Szene, ob in Form von Plattenbesprechungen oder mit Interviews mit Stephan Pockrandt vom „Sigill"/ „Zinnober"-Magazin, Gerhard Kadmon von der Band „Allerseelen", oder mit Henryk Vogel von „Darkwood", aber auch ein ausführliches Interview mit der Bremer Initiative „Grufties gegen Rechts" (GgR). In der selben Ausgabe sprechen sie über die Probleme der kritischen Auseinandersetzung der Szene mit rechten Tendenzen und merken an, dass sie sich vom „Black" etwas mehr „Zurückhaltung wünschen". Ein notwendiger Wunsch: Denn mittlerweile haben etliche Redakteure wegen des neuen Tenors das Magazin verlassen. Letzter Anlass war wohl Tischleders Suche nach Redakteuren auf der rechten „Lichttaufe"-Homepage: „BLACK sucht..." danach, ob nicht „jemand Lust [hat] für den Bereich Neofolk beim Black [...] einzusteigen".

### RechtsRock-Open-Air im Urlaubsparadies

Für den 6. Juli mobilisiert die neonazistische Szene zu einem RechtsRock-Festival nach Rügen. Insgesamt 10 Bands sollen bei der angeblich angemeldeten und genehmigten Veranstaltung auftreten. Für die Besucher stehen Zeltmöglichkeiten und „Freßbuden" zur Verfügung. Zugpferde sind die englische Band „White Law" und die aus Kaufbeuren stammende Band „Faustrecht". Des weiteren sind „Barking Dogs" (Krefeld), „Sleipnir" (Gütersloh), „Racewar", „Skalinger" (Berlin), „Eugenik" (Gera), „Selektion", „Cherusker" und „Confident of Victory" angekündigt. Hinter einer der angegebenen Kontaktnummern verbirt sich vermutlich der Organisator Stengel. Er hatte in den letzten Monaten bereits mehrere Konzerte organisiert. Sollte dieses Open Air stattfinden, steht zu befürchten, dass sich Rügen als attraktiver Veranstaltungsort für neonazistische Konzerte etabliert.

## Gewerkschaften und Rechtsextremismus

von Samuel Salzborn

In verschiedenen Untersuchungen wurde in den vergangenen Jahren darauf hingewiesen, dass gewerkschaftliche Organisierung nicht nur keine Barriere gegen Rechtsextremismus und Rassismus darstellt, sondern Gewerkschaftsmitglieder sogar häufiger rechtsextreme Parteien wählen als ihre unorganisierten Kolleginnen und Kollegen. Klaus Weber hat nun eine sozialpsychologische Studie zum Thema vorgelegt, in der er auf der Basis von Interviews mit Gewerkschaftsmitgliedern und Betriebsräten der Frage nachgeht, warum sich gewerkschaftlich organisierte Männer rechten Parteien zugewandt haben. Weber befasst sich dabei mit den thematischen Komplexen des Geschlechter- und Machtverhältnisses wie auch des Rassismus und des Sexismus. Im Kern steht für ihn die Frage nach der Akzeptanz von völkisch-nationalem Denken, das er nicht nur bei explizit rechtsextrem auftretenden Organisationen ausmacht.

Den Dreh- und Angelpunkt für die individuelle Zustimmung zu rechter Ideologie sieht Weber im nahezu bruchlosen Aufgreifen der „Standort-Logik" durch die Gewerkschaften. Diese Implikation der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland reproduziert sich auf individueller Ebene in der Anforderung an den „Arbeitskraftunternehmer", sich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens dem Effizienz- und Vermarktungsprinzip zu unterwerfen: „Unterschiede von Lebensweise, körperlicher Darstellung und individueller Freizeitgestaltung sollen als besser oder schlechter bewertet werden im Hinblick auf ihre Funktionalität für ihren Einsatz zur Arbeitskraftvorhaltung für den Standort Deutschland und seine Unternehmen". Die Nähe zu politischen Exklusionsmechanismen ist evident.

Statt sich als „Co-Management" den Unternehmen anzudienen, so Webers Vorschlag, wäre es Aufgabe der Gewerkschaften sich als offensiv arbeitende Gegenmacht zu etablieren. Denn damit ließe sich nicht nur der ideologische Charakter der Standortargumentation aufzeigen, sondern es würde ebenso deutlich werden können, dass es sich bei den Phrasen von Konkurrenz und Leistung keinesfalls um die „natürlichen Grundlagen" einer Gesellschaft handelt und somit ungerechte Arbeitssituationen ihre Basis in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen haben und nicht in vermeintlich natürlichen Differenzen von Menschen.

*Klaus Weber: Rechte Männer. Eine sozialpsychologische Studie zu Rassismus, Neofaschismus und Gewerkschaften, Hamburg: VSA-Verlag 2001, 166 Seiten, 13,80 Euro.*

## Fundiertes Kompendium

von Samuel Salzborn

Arbeiten zum Thema Rechtsextremismus gibt es in Hülle und Fülle. Da ist es hilfreich, wenn von Zeit zu Zeit Überblicksdarstellungen erscheinen, die den Stand der Forschung bilanzieren und die Hauptlinien der politischen wie wissenschaftlichen Diskussion aufzeigen. Eine solche Arbeit hat kürzlich der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge vorgelegt.

In seiner fundierten Überblicksdarstellung stellt Butterwegge die einschlägigen Debatten der letzten Jahre vor und beleuchtet die Intentionen der unterschiedlichen Erklärungsansätze. In kritischer Auseinandersetzung werden die Stärken der einzelnen theoretischen Ansätze herausgearbeitet und ihre Schwächen bzw. Fehler kritisiert. Zudem erörtert Butterwegge die begrifflichen und theoretischen Grundlagen der Rechtsextremismusforschung und stellt politische sowie (sozial-)pädagogische Gegenstrategien vor.

Seine zentrale These zum Verständnis des Rechtsextremismus besteht darin, dass die Verantwortung für Nationalismus, Rassismus und rechte Gewalt im Konkurrenzsystem, der neoliberalen Modernisierung fast aller Bereiche der Gesellschaft sowie in bestimmten Erblasten der politischen Kultur der Bundesrepublik liege. Seines Erachtens stellt der modernisierte Rechtsextremismus eine ideologische Mixtur aus marktradikalen Ideen und einer neuartigen Form des Nationalismus dar.

Die theoretische Diskussion wird erfreulicherweise um eine (allerdings leider recht knapp gehaltene) Darstellung der Elemente rechtsextremer Ideologie, der wichtigen Parteien und militanten Organisationen sowie rechter Handlungsfelder ergänzt. Butterwegges übersichtlich strukturierte und klar gegliederte Arbeit ist insgesamt eine hervorragende Einführung in die Thematik, die sich nicht zuletzt durch die präzise Kenntnis des Forschungsstandes auszeichnet.

*Christoph Butterwegge: Rechtsextremismus. Freiburg/Basel/Wien: Herder Verlag 2002, 191 Seiten, 9,90 Euro.*

**Impressum:**

Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16, 30161 Hannover

Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
ISSN 1619-1404

V.i.S.d.P.: Klaus Harbart

# Schwarze Szene, braune Flecken

von Christian Grünert

Ist von den Erfolgen rechter Kulturstrategie in jugendkulturellen Szenen die Rede, so wird vor allem das Phänomen Rechtsrock der rechten Skinheadbewegung erwähnt. Gothic und Dark Wave hingegen gelten als unpolitisch, romantisch. Nun ist ein Sammelband erschienen, der sich mit den ideologischen Kongruenzen eines Teils der Dark Wave Szene und der extremen Rechten befasst.

In der Einleitung skizzieren die Autoren die von Ihnen im Buch beschriebene Schnittstelle zwischen Jugendkultur und Politik in der Dark Wave Szene. Schlaglichtartig wird der Annäherungsprozess zwischen der extremen Rechten und Teilen der Szene nachgezeichnet. Hierfür steht einerseits die publizistische Offensive, mit der sich die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit" Mitte der 1990er Jahre der Szene über CD-Rezensionen und Interviews zuwandte. Andererseits verweisen sie auf Anknüpfungspunkte für rechte Ideologeme, welche die Szene zunächst vermittelt durch ihren kulturellen Code und dessen Ästhetik der extremen Rechten bietet.

Den Band eröffnet ein Überblicksaufsatz zur Entwicklung der „schwarzen Szene" und ihrer Stilrichtungen. Was als notwendige Einführung für Nicht-Kenner konzeptionell gut platziert ist, erfüllt die Erwartungen an einen konzentrierten Überblick leider nicht. In hohem Tempo wird der Leser von den „Sex Pistols" zu „Bauhaus", von dort zu „Depeche Mode" oder den „Einstürzenden Neubauten" als musikalischen Quellen des Dark Wave geführt. Zu stark setzt der Beitrag auf Vollständigkeit. So verkommt er zu einer Aufzählung, dem eine inhaltliche Gewichtung des Einflusses bestimmter Bands fehlt. Unbeleuchtet bleiben auch die gesellschaftlichen Hintergründe der Entstehung zu Beginn der 1980er Jahre.

Ein Beitrag von Speit/Raabe wendet sich dem in der Szene umstrittenen Gebrauch faschistischer Codes in Texten, Bandperformances und Artwork zu. Die Autoren weisen ideengeschichtlich ausführlich nach, dass es sich bei der Indienstnahme einer faschistischen Ästhetik - wie bei „Von Thronstahl" - mitnichten um doppeldeutige Provokationen handelt. Hinter inhaltlichen und symbolischen Anleihen aus dem italienischen Futurismus, der konservativen Revolution und der Frühphase des Nationalsozialismus, steht eine Identifikation mit den rezeptierten ästhetischen und weltanschaulichen Konzepten. Im Unterschied zum Rechtsrock sind die antidemokratischen Inhalte bei rechten Dark Wave-Bands über Darstellungsform codiert, und ihr explizit politischer Kern erschließt sich nur dem Hörer, der die Metaphern zu deuten weiß. Weniger um tagespolitische Themen kreisen die Inhalte rechter Dark Wave-Bands, als um metapolitische Begriffe wie „Schicksal" und „Identität".

Anhand von vier CDs illustrieren die Autoren, wie Bands einen antimodernen, ästhetischen Fundamentalismus vertreten. Bezugsgröße der aufgeführten Szenesampler sind der italienische Faschist Evola ebenso wie die Theosophin Blavatzky oder die NS-Propagandafotografin Riefenstahl. Die genannten Personen stehen im Kontext der exemplarisch von den Autoren besprochenen Sampler für den ästhetischen Versuch einer Re-Aktualisierung mythischer, scheinbar unideologischer und nicht-entfremdeter Weltanschauung.

Der Beitrag von Speit/Raabe bildet den Schwerpunkt des Buches, den die nachfolgenden Beiträge zur Voraussetzung haben. Er besticht durch stringente Argumentation und hohes intellektuelles Niveau. Jedoch setzt er Vorwissen zur Ideologie der extremen Rechten voraus und arbeitet mit assoziativen Verweisen auf Positionen der extremen Rechten, jenseits des allgemeinen Wissens um das Wesen des Faschismus. Dies kann bei Lesern zu Lasten des unmittelbaren Verständnisses gehen.

Christian Dornbusch beschreibt das Netzwerk von Bands und Labels rund um die Ein-Mann-Band „Death in June" (DIJ). Er zeichnet die Entwicklung der Band vom Punk zum Neofolk nach und setzt sich offensiv mit der Behauptung der Szene, bei DIJ finde sich kein positiver Bezug zum Faschismus, auseinander. Dornbuschs Aufsatz erläutert beispielhaft den zuvor erschlossenen Theorieteil.

Einen anderen Aspekt rechter Identitätsvermittlung in der Szene mittels Printmedium beleuchten Naumann/Schwarz in ihrem Beitrag über den Weg des Magazins „Sigill"/ „Zinnober" vom Szenefanzine zum rechten Elitehochglanzblatt.

Wer wen unterwandert untersuchen Dornbusch/Raabe/Speit. Sie stellen fest, dass nur jene „neue Rechte" mit einem dynamischen Kulturverständnis Chancen hat, sich bisher jedoch die rechten Bands aus eigenem Antrieb nach rechts wendeten.

Der Band schließt mit einem Beitrag zum Phänomen der „neuen deutschen Härte" und ihres Rückgriffs auf politisch umstrittene ästhetische Codes.

Obwohl der Band stilistische Brüche und inhaltliche Lücken aufweist, erschließt er fundiert einen bisher wenig beachteten Aspekt im Diskurs um rechte Kulturstrategien heute.

*Speit, Andreas (Hrsg.): Ästhetische Mobilmachung. Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien, Münster und Hamburg: Unrast Verl./ rat 2002, 282 Seiten, 16 Euro.*



